



Für uns im Norden.



**SSW –
Deine Stimme
für Schleswig-Holstein**

*Wahlprogramm des SSW
zur Bundestagswahl
am 26. September 2021*

Entwurf Stand 04.03.2021

Inhalt

1. Der SSW tritt zum ersten Mal seit 60 Jahren zur Bundestagswahl an

1.1 Die Interessen Schleswig-Holsteins in Berlin besser vertreten

1.2 Der SSW gibt regionale Antworten auf die Coronapandemie und den Dauerkrisenmodus unserer Zeit

2. Das wollen wir im Bundestag erreichen:

2.1 Der Bund muss sich stärker in der Minderheitenpolitik engagieren

2.2 Bessere deutsch-dänische Kooperation schafft Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein

2.3 Klima- und Umweltschutz in Schleswig-Holstein schneller umsetzen

2.4 Die Coronakrise zeigt, dass Gesundheit keine Ware sein darf

2.5 Hartz IV überwinden: Wir brauchen ein neues Sozialstaatsmodell

2.6 Gleichstellung ist ein gesellschaftlicher Grundsatz

2.7 Der Bund muss mehr in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein investieren

2.8 Regional und nachhaltig: Wir brauchen eine andere Landwirtschaftspolitik

2.9 Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht auf dem Rücken der Schwächsten

2.10 Bildungspolitik, die gleiche Chancen für alle schafft

2.11 Kulturpolitik ist ein elementarer Bestandteil unseres demokratischen Gemeinwesens

2.12 Innen- und Rechtspolitik mit den Bürger*innen im Mittelpunkt

2.13 Asylpolitik in einer humanen Gesellschaft

2.14 Die Bundesrepublik muss eine positive und friedliche Rolle in der EU und der internationalen Politik spielen

3. Deine Zweitstimme: Für die Minderheiten und die Region

1. Der SSW tritt zum ersten Mal seit 60 Jahren zur Bundestagswahl an

Zum ersten Mal seit 1961 tritt die Minderheitenpartei SSW in Schleswig-Holstein mit einer eigenen Landesliste und eigenen Kandidat*innen zur Bundestagswahl an.

Wie zur Landtagswahl ist der SSW auch bei Bundestagswahlen von der Fünfprozenthürde befreit, um die Interessen der dänischen Minderheit und nationalen Friesen politisch wahrnehmen zu können. Anders als bei Landtagswahlen in Schleswig-Holstein gilt die Ausnahme nicht nur für die dänische Minderheit, sondern für Parteien aller anerkannten nationalen Minderheiten (§ 6, Abs. 3, Satz 2 des Bundeswahlgesetzes).

Von 1949 bis 1953 war der SSW mit Hermann Clausen im Bundestag vertreten. Seit 1961 hat der SSW nicht mehr an einer Bundestagswahl teilgenommen, nachdem es der Partei wiederholt nicht gelungen war, die benötigte Stimmenzahl für ein Mandat zu erreichen. Seit Ende der 1990er hat der SSW bei Landtagswahlen Ergebnisse erzielt, welche die Chance auf ein Bundestagsmandat realistisch erscheinen lassen.

Die politischen Rahmenbedingungen der Minderheitenpolitik haben sich in den letzten Jahren einschneidend verändert. Während auf Landesebene große Fortschritte in der Minderheitenpolitik erzielt wurden, gilt dies nicht in gleichem Maße auf europäischer Ebene oder für die Bundespolitik. So gibt es bei der Umsetzung der Europäischen Sprachencharta und der Rahmenkonvention für nationale Minderheiten gerade im Bereich der Förderung von Minderheitensprachen in den Medien seit Jahren kaum Fortschritte in der Bundesrepublik. Hinzu kommt, dass die zunehmende Vielfalt in der Parteienlandschaft zulasten einst großer Volksparteien minderheitenpolitische Verhandlungen auf Bundesebene und eine Sicherung der berechtigten Interessen der Minderheiten erschweren.

Nur wenige Bundestagsabgeordnete wissen heute noch, warum es nationale Minderheiten in Deutschland gibt und warum diesen ein Recht auf Schutz und Förderung zusteht. Das merken wir deutlich in unseren Bestrebungen, die Minderheitenrechte im Grundgesetz zu verankern. Viele Bundestagsabgeordnete stehen diesem Ansinnen skeptisch bis ablehnend gegenüber. Das ist enttäuschend, da die Aufnahme einer solchen Formulierung die gesamtstaatliche Verantwortung für den Schutz nationaler Minderheiten unterstreichen würde.

In Zeiten von Separatismus und ethnischen Konflikten in Europa könnte Deutschland ein starkes Zeichen setzen, dass Minderheitenrechte eben auch zur Konfliktbewältigung beitragen können. Mit einem SSW-Mandat können wir nicht nur diesem Anliegen neues Gewicht verleihen, sondern auch der zunehmenden minderheitenpolitischen Geschichtsvergessenheit im Bundestag entgegenwirken.

Das deutsch-dänische Grenzgebiet gilt als Vorzeigeregion in Minderheitenfragen und ist ein Musterbeispiel guter grenzüberschreitender Zusammenarbeit und eines positiven Miteinanders unterschiedlicher Kulturen und Sprachen. In einer Welt, in der das politische Spektrum sich vor allem nach rechts außen verbreitert, ist es wichtig,

den Menschen positive Alternativen zu Hass, Angst und Fremdenfeindlichkeit aufzuzeigen. Der SSW kann diese positive Alternative sein.

Die großen Herausforderungen durch die drohende Klimakatastrophe und die Coronapandemie können nicht allein auf zentraler Ebene gelöst werden, sondern müssen regional vor Ort angegangen werden. Daher muss die regionale Ebene sich stärker im Bundestag einbringen können.

All dies sind gute Gründe dafür, dass der SSW als Minderheiten- und Regionalpartei seinen politischen Einfluss auch auf die Bundesebene ausweitet:

Wir wollen in Berlin unsere Stimme erheben als humane, soziale, umweltbewusste und regionale Alternative für die Minderheiten und die Bürger*innen des Landes Schleswig-Holstein.

Nur der SSW kann unabhängig und souverän die Themen ansprechen, die die Menschen in Schleswig-Holstein bewegen – ohne sich Koalitionszwängen oder Ansprüchen anderer Bundesländer beugen zu müssen.

Allein die Existenz eines oder einer SSW-Bundestagsabgeordneten wird die anderen Parteien dazu bringen, ihre Politik zu ändern. Das erleben wir schließlich immer wieder im Landtag, den Kreistagen und Kommunen. Der SSW kann mit seinen politischen Zielen und Ideen etwas bewegen – auch in Berlin!

In diesem Wahlprogramm kannst Du nachlesen, wofür wir uns in diesem Sinne im Bundestag einsetzen wollen. Darauf kannst Du Dich verlassen!

Flemming Meyer
SSW-Landesvorsitzende

xxxxxxx
SSW-Spitzenkandidat(in)

1.1 Die Interessen Schleswig-Holsteins in Berlin besser vertreten

Nach einer repräsentativen Umfrage von Ende 2020 vertreten knapp **36** Prozent der Menschen in Schleswig-Holstein die Meinung, dass die Interessen unseres Landes nicht ausreichend im Bundestag vertreten werden. Auch der SSW fordert, dass die Interessen Schleswig-Holsteins in Berlin besser wahrgenommen werden.

Der geringe Einfluss schleswig-holsteinischer Bundestagsabgeordneter in ihren Bundestagsfraktionen zeigt, dass es einer unabhängigen Stimme aus der Region bedarf, die sich ohne Wenn und Aber für schleswig-holsteinische Belange einsetzen kann. Wo waren denn eigentlich die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten, als Deutschland und Dänemark während der Coronapandemie die Grenzen schlossen, ohne sich miteinander abzustimmen?

Wo sind unsere schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten, wenn in Berlin mal wieder ein Bundesverkehrswegeplan beschlossen wird, der Schleswig-Holstein kaum, Bayern aber umso mehr berücksichtigt?

Und wo sind unsere schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten, wenn es darum geht, von den positiven Entwicklungen der skandinavischen Länder im Energie- und Umweltsektor oder im sozialen und digitalen Bereich zu lernen und die Beziehungen zu Skandinavien zu vertiefen und auszubauen?

Wie lange wollen wir es uns gefallen lassen, dass die Menschen in Schleswig-Holstein im Jahresbrutto 300 Euro weniger verdienen als der Bundesdurchschnitt? Dass Großunternehmen in den Süden geworben werden, wir aber für sie das Fracking-Gas lagern sollen? Dass der Bund einfach mit Privatunternehmen Raketenstationen in der Nordsee plant, ohne uns hier im Norden zu beteiligen?

Und wie lange wollen wir uns gefallen lassen, dass Abgeordnete aus Schleswig-Holstein solche Ungerechtigkeiten aus Fraktionszwang fleißig mit abnicken, statt für unsere Interessen in Schleswig-Holstein einzustehen?

Schauen wir uns doch mal das Abstimmverhalten der politischen Konkurrenz an: Viele Menschen in Schleswig-Holstein sind auf die karge Grundsicherung des Staates angewiesen. Eine Erhöhung des Regelsatzes lehnten aber sämtliche Nord-Abgeordnete von CDU und SPD ab. Ist das im Sinne Schleswig-Holsteins?

Viele Kommunen und Kreise, ja selbst unsere Landesregierung, haben sich bereit erklärt, mehr Flüchtlinge aus Moria aufzunehmen als vorgesehen. Dennoch haben sämtliche schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten von SPD, CDU und FDP gegen eine Erhöhung des Aufnahmelimits gestimmt. Wen repräsentieren diese Politiker eigentlich?

Unser Schleswig-Holstein wird in Berlin unter Wert verkauft. Es ist an der Zeit, dass wir daran gemeinsam etwas ändern.

1.2 Der SSW gibt regionale Antworten auf die Coronapandemie und den Dauerkrisenmodus unserer Zeit

Die Ausbreitung des Coronavirus und die damit verbundenen Lockdowns haben dramatische Folgen für die Menschen und die Wirtschaft in Deutschland, Europa und der ganzen Welt. Die Pandemie führt uns viele der Fehlentwicklungen der Menschheit vor Augen: Massentierhaltung, Ausbeutung von Natur und Mensch, Umwelt- und Klimabelastungen, schlechte soziale Verhältnisse und zu enger Wohnraum haben der Pandemie zusätzlichen Nährstoff geboten und bleiben auch nach der Pandemie zentrale politische Herausforderungen.

In Zentrum der Coronapandemie steht natürlich die Sorge um die Gesundheit der Menschen, insbesondere unserer älteren Mitbürger*innen. Aber viele Bürger*innen und Unternehmen haben auch schmerzliche finanzielle Einbußen gehabt und machen sich Sorgen um ihre Zukunft. Das müssen wir ernst nehmen. Die finanziellen Folgen der Coronakrise werden uns noch vielen Jahre begleiten. Und die politische Debatte darüber, wer die Rechnung zu bezahlen hat, wird die demokratische Auseinandersetzung entscheidend prägen.

Der SSW fordert: Wer durch Coronamaßnahmen an der Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit gehindert wurde, muss auch einen entsprechenden finanziellen Ausgleich erhalten. Dies gilt für kleine und mittelständische Unternehmen ebenso wie für Soloselbstständige und ehrenamtliche Strukturen. Wir dürfen niemanden zurücklassen.

Wir befinden uns in der Coronapandemie in einem Ausnahmezustand, der deutlicher denn je bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern sichtbar macht. Für alle ist spürbar, dass es vor allem die Frauen sind, die unsere Gesellschaft in dieser Krise zusammenhalten. Im Beruflichen wie im Privaten. Sie dürfen bei Maßnahmen zur Abmilderung der Krisenfolgen nicht ins Hintertreffen geraten.

Eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Notwendigkeit eines Lockdowns und über die konkrete Umsetzung von Regeln zur Bekämpfung der Coronapandemie ist wichtig und darf nicht den Extremisten überlassen werden. Eine berechtigte inhaltliche Kritik an vielen Maßnahmen wird von vielen Bürger*innen erwartet und ist Teil der demokratischen Debatte, der sich der SSW stellt.

Die Fridays-for-Future-Bewegung zeigt, dass die Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit weiterhin von überragender Wichtigkeit für die Bürger*innen in Schleswig-Holstein sind. Aber auch andere bedenkliche Entwicklungen führen dazu, dass die Weltgemeinschaft im Dauerkrisenmodus ist, von dem auch die Bürger*innen in Schleswig-Holstein betroffen sind.

Neben der Umweltkrise spricht man von der Armutskrise, der Hungerkrise, einer Verteilungskrise, Machtkrise, Finanz- und Eurokrise, die alle ihren Ursprung in einer verkehrten Entwicklung des wirtschaftlichen Systems haben. Für viele der Herausforderungen müssen die Weichen auf Bundesebene anders gestellt werden.

Auch deshalb tritt der SSW zur Bundestagswahl an.

Als regionale Minderheitenpartei mit einem sozialen und umweltbewussten Anspruch hat der SSW in Rahmen seiner Möglichkeiten schon lange versucht, Antworten auf diese Krisen zu finden und seine Vision einer besseren Welt darzulegen. Unser Maßstab sind dabei die 17 UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs). Das Konzept der Gemeinwohlökonomie zeigt hierzu umsetzbare Lösungen auf.

Der SSW will auf dieser Grundlage regionale Antworten auf die vielen Herausforderungen geben, die wir gemeinsam in Schleswig-Holstein in den kommenden Jahren meistern müssen.

2. Das wollen wir im Bundestag erreichen:

2.1 Der Bund muss sich stärker in der Minderheitenpolitik engagieren

Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) wurde 1948 als Partei der dänischen Minderheit und der nationalen Friesen in Schleswig-Holstein gegründet. Der SSW ist als Minderheitenpartei fest im Landesteil Schleswig und den dort beheimateten Minderheiten verankert.

Das Nebeneinander von dänischer, friesischer und deutscher Kultur sowie der Kultur der Sinti und Roma ist ein Reichtum, den es für das ganze Land zu nutzen gilt. Dän*innen und Fries*innen sowie Sinti und Roma leben hier seit Jahrhunderten, sind deutsche Staatsbürger*innen und haben dieselben Rechte und Pflichten wie die Mehrheitsbevölkerung. Für uns als Partei der dänischen Minderheit und der nationalen Fries*innen hat die Gleichbehandlung der Minderheiten einen sehr hohen Stellenwert.

Nirgendwo anders in Deutschland leben drei anerkannte Minderheiten. Und nur in wenigen Regionen Europas werden wie bei uns vier Sprachen (Deutsch, Dänisch, Friesisch und Romanes) und zwei Regionalsprachen (Niederdeutsch und Sønderjysk) gesprochen. Der SSW verkörpert diese gegenseitige Bereicherung der Kulturen und Sprachen in unserem Land. Diese Vielfalt verleiht Schleswig-Holstein nicht nur eine ganz besondere Lebensqualität, sie ist auch ein Wirtschaftsfaktor, der allen Bürger*innen zugutekommt.

Die Bundesrepublik Deutschland hat das Rahmenabkommen für nationale Minderheiten und die Sprachencharta unterschrieben sowie auch mit Dänemark das Bonn-Kopenhagener Abkommen zur Sicherung der Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland unterzeichnet und trägt daher im hohen Maße Verantwortung für die Minderheitenpolitik. Zu oft wird diese Verantwortung aber auf die Bundesländer abgewälzt.

Wir wollen, dass sich der Bund viel stärker in der Minderheitenpolitik engagiert als bisher. Der SSW fordert die kulturelle und finanzielle Gleichstellung der nationalen Minderheiten auf allen staatlichen Ebenen. Wir wollen die Minderheitenpolitik auch im Bund auf die Tagesordnung setzen und deutlich machen, dass die kulturelle Vielfalt als Recht der Minderheiten eine Bereicherung für die Mehrheitsbevölkerung ist.

Das wollen wir im Bundestag erreichen:

Die Rechte der Minderheiten müssen im Grundgesetz verankert werden

Die Bundesländer Schleswig-Holstein, Sachsen und Brandenburg haben in der Landesverfassung Bestimmungen zugunsten dort beheimateter Minderheiten und Volksgruppen und dokumentieren damit, dass diese ein integrierter Bestandteil der Gesellschaft sind und deshalb Anspruch auf Schutz und Förderung haben. Im deutschen Grundgesetz findet sich eine solche Bestimmung bisher nicht. Damit entfällt hier die mit einem solchen Artikel verbundene Wertschätzung genauso wie die Akzeptanz, dass auch die Bundesrepublik Deutschland neben den einzelnen Bundesländern eine gesamtstaatliche Verantwortung für die Minderheiten und Volksgruppen hat. Deshalb und auch vor dem Hintergrund der besonderen europäischen Bedeutung ist es erforderlich, dass eine Bestimmung zugunsten von Minderheiten und Volksgruppen auch Eingang in das Grundgesetz findet.

- Wir wollen, dass im **Grundgesetz** eine Bestimmung zugunsten der in Deutschland **anerkannten nationalen Minderheiten deutscher Staatsangehörigkeit** – der dänischen Minderheit, der friesischen Volksgruppe, des sorbischen Volkes und der Minderheit der deutschen Sinti und Roma – eingeführt wird.

Der Bund muss die Minderheiten besser unterstützen

Die finanzielle Unterstützung von Organisationen und Bildungseinrichtungen der vier anerkannten Minderheiten ist Grundvoraussetzung für deren Existenz. Der Grundsatz der finanziellen und kulturellen Gleichbehandlung auf allen Ebenen muss auch für kulturelle Angebote und Kultureinrichtungen der Minderheiten und Volksgruppen gelten. In Schleswig-Holstein ist die Gleichstellung in weiten Teilen gelungen. Dies gilt es auch auf Bundesebene umzusetzen. Minderheitenpolitik ist aber nicht nur Gleichstellung und finanzielle Unterstützung. Es geht dabei auch um Anerkennung und Gleichberechtigung. Der Bund hat eine Verantwortung für die Ausgestaltung der Minderheitenpolitik in der Bundesrepublik und muss sich stärker engagieren. Der SSW will eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes bei der Finanzierung der Minderheiten und ein stärkeres Engagement des Bundes bei der Minderheitenpolitik erreichen.

- Wir wollen, dass die Schulen der **dänischen Minderheit** bei der **Bundesförderung und Projektförderung von Schulen** berücksichtigt werden.
- Wir wollen, dass die **Bundesförderung für die friesische Volksgruppe** stark erhöht wird, um friesische Sprach- und Kulturprojekte noch stärker zu fördern.
- Wir wollen, dass der Bund sich weiterhin zu seiner Verantwortung für die **dänischen Kultureinrichtungen** bekennt und diese dementsprechend ausreichend durch Projektförderung unterstützt.
- Wir wollen, dass der Bund sich weiterhin zu seiner Verantwortung für die neugegründete „**Stiftung für das friesische Volk**“ bekennt und sich auskömmlich finanziell beteiligt.

- Wir wollen, dass die Arbeit des **Zentralrats der deutschen Sinti und Roma** weiterhin ausreichend finanziell vom Bund unterstützt wird.
- Wir wollen, dass die **Arbeit der DOMOWINA und der sorbischen Verbände** für die sorbische Sprache und Kultur weiterhin ausreichend finanziell vom Bund unterstützt wird.
- Wir wollen, dass der **Zuschuss für das Minderheitensekretariat**, das die Arbeit des Minderheitenrates für die vier anerkannten Minderheiten der Bundesrepublik unterstützt, **erhöht** wird.
- Wir wollen, dass die Arbeit der **europäischen Minderheitenorganisation FUEN** weiterhin ausreichend finanziell vom Bund unterstützt wird.
- Wir wollen, dass der Bund stärker auf die Länder einwirkt, um die Forderungen der Minderheiten bei **Umsetzung des Rahmenabkommen für nationale Minderheiten und der Europäischen Sprachencharta** umzusetzen.
- Wir wollen, dass der Bund ein **Verbandsklagerecht für nationale Minderheiten und Volksgruppen** einführt. Dadurch können nationale Minderheiten oder Volksgruppen vor Gericht in Namen der Allgemeinheit klagen, ohne in den eigenen Rechten verletzt worden zu sein, um kollektive öffentliche Rechtsgüter zu schützen.
- Wir wollen, dass der Bund einen **bundesweiten Aktionsplan** für die Bekämpfung von Antiziganismus und die gleichberechtigte Teilhabe der Sinti und Roma beschließt.
- Wir wollen, dass der Bund sich dafür einsetzt, dass die **Bekämpfung des Antiziganismus** fester Bestandteil sämtlicher EU-Handlungsstrategien wird.
- Wir wollen, dass die EU-Mitgliedsstaaten **verbindliche Rahmenbedingungen** zum Schutz der Sinti und Roma eingehen.

Minderheiten- und Regionalsprachen stärken

Ein friedliches und fruchtbares Zusammenleben von Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung setzt voraus, dass alle in ihrer Heimat mit der jeweils eigenen Sprache und Kultur leben können. Die Sprache ist eine Grundlage von Minderheitenidentität und Kulturträger Nummer eins. Die Nutzung der eigenen Sprache ist ein Menschenrecht.

Eine wirkliche Mehrsprachigkeit setzt jedoch voraus, dass die dänische Bevölkerungsgruppe und die friesische Volksgruppe einen faktischen Anspruch darauf haben, dass ihre Sprachen im Alltag sichtbar und nutzbar sind. Der SSW will eine aktive Sprachenpolitik, die dafür sorgt, dass die Minderheiten- und Regionalsprachen im öffentlichen Raum, in den Medien und im Bildungswesen offensiv gefördert werden. Auf Landesebene ist dort in den letzten Jahren viel erreicht worden. Dies gilt es jetzt auch im Bund und bei den Bundesbehörden zu erreichen.

- Wir wollen, dass Bürger*innen und Organisationen bei Bundesbehörden wie dem Finanzamt, der Bundesarbeitsagentur oder bei den Sozialversicherungsträgern relevante **Dokumente in Dänisch und Friesisch** einreichen **können**, ohne für Übersetzungskosten aufkommen zu müssen.
- Wir wollen, dass aus den **Einstellungskriterien** bei Bundesbehörden im Landesteil Schleswig klarer hervorgeht, dass das **Beherrschen von Minderheitensprachen** eine zu bevorzugende Qualitätsanforderung in der öffentlichen Verwaltung ist.
- Wir wollen, dass **Standardformulare** bei Bundesbehörden im Landesteil Schleswig auch in **Minderheiten- und Regionalsprachen** vorgehalten werden.
- Wir wollen, dass **Minderheitensprachen** in Zukunft auch **vor Gericht** mündlich oder schriftlich genutzt werden können, ohne dass hierbei Kosten oder andere Nachteile für den Betroffenen entstehen. Für die sorbische Minderheit gibt es bereits entsprechende Regelungen. Dazu muss **§ 184** des Gerichtsverfassungsgesetzes auf die Minderheitensprachen Dänisch und Friesisch ausgeweitet werden.
- Wir wollen, dass mehr **Schilder, Wegweiser und Informationstafeln** im Land zweisprachig ausgestaltet werden – je nach Region auf Deutsch/Dänisch, Deutsch/Friesisch oder Deutsch/Niederdeutsch. Dies gilt auch für öffentliche Bundesbehörden oder bei der Beschilderung von Bundesstraßen im Landesteil Schleswig.
- Wir wollen, dass der Bund die Vorgaben der Europäischen Sprachencharta erfüllt und geeignete Maßnahmen ergreift, um die **Präsenz der dänischen und friesischen Sprache in den Medien** zu erhöhen. Den öffentlich-rechtlichen Sendern kommt dabei eine besondere Verantwortung zu.

Gute Minderheitenpolitik ist Friedenspolitik: Erfahrungen für Europa nutzen
Schleswig-Holstein verfügt aufgrund seiner Geschichte und Gegenwart über einen ganz besonderen Erfahrungsschatz. Seit der Volksabstimmung von 1920 liegt die deutsch-dänische Grenze fest. Nach Jahrzehnten des Gegeneinanders sind die Menschen im Norden heute darum bemüht, das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit positiv zu gestalten. Die Minderheitenpolitik der Bundesrepublik findet daher europa- und weltweit Beachtung. Eine gute Minderheitenpolitik ist Friedenspolitik. Der Bund muss die guten Erfahrungen aus dem deutsch-dänischen Grenzland nutzen, um die europäische Minderheitenpolitik zu stärken.

- Wir wollen, dass die besondere **Minderheitenpolitik des deutsch-dänischen Grenzlandes**, auf die wir zu Recht stolz sind, für die Profilierung einer progressiven Minderheitenpolitik in Europa genutzt wird.

- Wir wollen, dass die Bundesregierung sich für eine **EU-Minderheitenpolitik** stark macht, die Anerkennung, Schutz und Förderung aller Minderheiten und Volksgruppen langfristig sichert. Die Zuständigkeit für Minderheiten muss auf den Entscheidungsebenen in der EU-Kommission verankert werden. Dabei sollte man sich auf die Kopenhagen-Kriterien zum Minderheitenschutz aus dem Jahre 1993 stützen.
- Wir wollen, dass der Bund die **Minority-SafePack-Initiative** der europäischen Minderheitenorganisationen für die Umsetzung der Minderheitenrechte in den EU-Staaten offensiv bei der EU-Kommission unterstützt.
- Wir wollen, dass Deutschland und Dänemark **im Sinne der Bonn-Kopenhagener Erklärungen** von 1955 diese Werte und Überzeugungen sowohl im Europarat, in der OSZE als auch in den Institutionen der EU als gemeinsame Grundsätze vertreten.
- Wir wollen, dass der Bund weiterhin Flensburg als Kompetenzzentrum für **Minderheitenfragen** finanziell unterstützt. Die Minderheitenunion FUEV, das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (ECMI) und die Organisationen der dänischen Minderheit bilden ein Bündel, das einmalig ist. Dazu gehören unter anderem eine ausreichende Bundesförderung des Projekts **„Minderheiten-Kompetenz-Netzwerk Schleswig-Holstein/Süddänemark“**.
- Wir wollen, dass der Bund die Vermittlung von **Wissen über Dän*innen, Fries*innen, Sinti und Roma** verbessert, u. a. dadurch, dass die Bundeszentrale für politische Bildung ihre Angebote dazu erweitert und verbessert.

2.2 Bessere deutsch-dänische Kooperation schafft Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein

Die Coronapandemie, der Klimawandel, die Globalisierung und die Digitalisierung stellen die schleswig-holsteinische Wirtschaft vor große Herausforderungen. Umso wichtiger ist es, die Weichen für eine positive wirtschaftliche Zukunft unserer Region jetzt richtig zu stellen. Dänemark ist einer der wichtigsten Handelspartner Schleswig-Holsteins – so wie Schleswig-Holstein und die Bundesrepublik zu den größten Exportpartnern Dänemarks gehören.

Das Institut für Weltwirtschaft hat in einer Analyse darauf hingewiesen, dass Schleswig-Holstein seinen wirtschaftlichen Rückstand im Verhältnis zu Süddeutschland nur durch mehr Kooperation mit Dänemark erreichen kann. Schleswig-Holstein muss seine Anstrengungen verstärken, gemeinsam mit Süddänemark grenzüberschreitende Wirtschaftsstrukturen zu entwickeln.

Für den SSW als regionale Minderheitenpartei ist die deutsch-dänische Zusammenarbeit eine entscheidende Zukunftsperspektive, um Wachstum und neue Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein zu schaffen. Unser Ziel ist es, dass unsere Kinder auch morgen noch in unserer Region gut leben und arbeiten können und dass qualifizierte Arbeitsplätze für alle Menschen zur Verfügung stehen. Der SSW bringt sich aktiv und konstruktiv in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der gemeinsamen Region Sønderjylland-Schleswig ein und sieht sich als Brückenbauer zwischen Deutschland und Dänemark. Wir kennen beide Länder und beide Sprachen und Kulturen sehr gut und können so dazu beitragen, die Region wirtschaftlich, kulturell und sozial voranzubringen.

Dabei spielen der Bund und die Bundesgesetzgebung eine wichtige Rolle, um die deutsch-dänische Kooperation zu verstärken und Grenzhindernisse abzubauen.

Das wollen wir im Bundestag erreichen:

Mobilitätsbarrieren im Grenzland abbauen

*Um die Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark zu verbessern, müssen die vorhandenen Mobilitäts- und Kommunikationsbarrieren bei der Steuer- und Sozialgesetzgebung reduziert werden. Hierbei spielt das Fachwissen des Regionalkontors Sønderjylland-Schleswig eine entscheidende Rolle. Auch die verschiedenen Regelungen der Grenzkontrollen müssen abgebaut werden, um freien Warenverkehr und Grenzübergang der Bürger*innen zu sichern.*

Die Coronapandemie hat mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, dass der Informationsaustausch und die gegenseitige Abstimmung verschiedener Grenzkontrollmaßnahmen zwischen der deutschen und dänischen Regierung sehr schlecht funktioniert.

- Wir wollen, dass bei neuen Bundesgesetzen im Steuer- und Sozialversicherungsbereich grundsätzlich auch die Folgen für **Pendler*innen im deutschen Grenzgebiet** untersucht und berücksichtigt werden.
- Wir wollen eine **Normalisierung** des Lebens für die Bewohner*innen des Grenzlandes. Dazu gehört die **Abschaffung der Grenzkontrollen** zugunsten koordinierter, stichprobenartiger Kontrollen im Hinterland.

- Wir wollen eine **gemeinsame deutsch-dänische Polizei-Task-Force**, die nach dem Vorbild der Zusammenarbeit Hamburg-Schleswig-Holstein arbeitet, um gemeinsam die grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen.
- Wir wollen die **Einführung einer permanenten deutsch-dänischen Grenzkommision** unter Beteiligung der deutschen, schleswig-holsteinischen und dänischen Regierungen, um den Dialog und die Kommunikation zu verbessern.
- Wir wollen, dass auch der Bund sich an der **Finanzierung der deutsch-dänischen Pendler*innenberatung** beteiligt, damit diese wichtige Arbeit auch in Zukunft fortgesetzt und auf die Fehmarnbeltregion ausgeweitet werden kann.
- Wir wollen, dass **vergleichbare Berufe** schneller und leichter in Deutschland und Dänemark anerkannt werden.
- Wir wollen, dass weitere **grenzüberschreitende deutsch-dänische Ausbildungen** und Studiengänge eingeführt werden.
- Wir wollen, dass für Schüler*innen aus Schleswig-Holstein, die eine Ausbildung in Dänemark absolvieren, der Zugang zur Berufsausbildungs-Förderung ermöglicht wird. Bestehende Barrieren sind abzubauen.
- Wir wollen, dass der Bund sich für eine Fortsetzung der deutsch-dänischen **Interreg-Förderung** auf hohem Niveau einsetzt. Die Verteilung der neuen EU-Strukturhilfen für grenzüberschreitende Zusammenarbeit nach 2021-2027 muss sich auf die ärmsten Regionen und auf soziale Benachteiligungen konzentrieren und Grenzregionen als Ganzes fördern.
Wir setzen uns dafür ein, dass unsere nördliche Grenzregion bei den laufenden Verhandlungen zur Mittelverteilung zwischen Bund und Ländern nicht zu kurz kommt. Die Kofinanzierung in strukturschwachen Grenzregionen muss aufgrund der Probleme bei der Beschaffung von Eigenmitteln angepasst werden. Der SSW setzt sich zudem im Bund für eine Fortführung der grenzüberschreitenden EU-Strukturhilfen auch nach 2027 ein.
- Wir wollen, dass der Bund sich über bestehende Ansätze hinaus für die Organisation eines gemeinsamen regionalen deutsch-dänischen Arbeitsmarkts mit **einem grenzüberschreitenden Vermittlungs- und Informationssystem** stark macht.
- Wir wollen, dass Konzepte für **lokale und regionale Wirtschaftsentwicklung und Nachhaltigkeit** im deutsch-dänischen Grenzland enger untereinander abgestimmt werden. Grenzüberschreitende Anhörungsverfahren sollen ermöglicht werden. Dies sichert eine starke und nachhaltige Entwicklung im Grenzland.

- Wir wollen **grenzüberschreitende Hochschul- und Wissenschaftskooperationen** stärker im Verbund mit der Wirtschaft denken. Gemeinsame Studiengänge sollen gemessen an regionalen Stärkenpositionen und der regionalen Nachfrage an qualifizierter Arbeitskraft gestärkt und ausgeweitet werden.
- Wir wollen die **Cluster-Politik** in **norddeutschen** und **grenzüberschreitenden Wirtschaftsbereichen** durch finanzielle Fördermaßnahmen und den Abbau rechtlicher Barrieren fördern und gezielt auf unsere Stärkepositionen setzen: Erneuerbare Energien, Wasserstoff, Ernährungswirtschaft, Tourismus und Erlebniswirtschaft, Maritime Wirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Logistik.

Die Nähe zu Skandinavien besser nutzen

Der Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein bietet durch seine besondere Lage, die geographische Nähe zur Metropolregion Hamburg, aber insbesondere durch seine Nähe zu Skandinavien hervorragende Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Entwicklung, die noch viel besser genutzt werden müssen.

Die gute Nachbarschaft zu den nordischen Ländern, die an die Ostsee grenzen, muss vertieft werden. Gerade in den Bereichen, die in Zukunft eine Rolle beim Klimaschutz spielen werden, wie z. B. die Produktion erneuerbarer Energien, Energielagerung, Energieeffizienz, regionale Lebensmittelproduktion oder Ökolandwirtschaft, bieten sich viele Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Für den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien ist insbesondere eine Stärkung der Zusammenarbeit mit den skandinavischen Ländern von hoher Bedeutung.

Klimaschutzprojekte z. B. in Dänemark und Norwegen sind hierbei vorbildlich. Auch der Ausbau der Infrastruktur im Jütland-Korridor ist ein gemeinsames Ziel von Schleswig-Holstein und den skandinavischen Ländern. Ohne die Unterstützung der Bundesebene, die für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Infrastruktur in Schleswig-Holstein verantwortlich zeichnet, werden wir diese Entwicklungen nicht vorantreiben können.

- Wir wollen den **”Jütland-Korridor”** von Hamburg bis Skagen durch politische Vereinbarungen und infrastrukturelle Investitionen in Bahn und Straße stärken. Dazu gehört, dass der Bund und Dänemark gemeinsame Infrastruktur planen, bedarfsgerecht ausbauen und unterhalten.
- Wir wollen, dass der Bund mehr Ressourcen für eine **Umsetzung** der **EU-Ostsee-Strategie** zur Verfügung stellt. Dazu gehört, dass die Kooperationen in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Innovation gefördert werden sowie die Weiterentwicklung in den Bereichen der Kultur- und Kreativwirtschaft vorangebracht wird.

- Wir wollen die Nordsee im Sinne des Nachhaltigkeitsziels SDG 14 „**Leben unter Wasser**“ erhalten und nachhaltig nutzen. Hierzu bedarf es einer Umsetzung der EU-Meeresbeckenstrategie Nordsee. Ein Europäischer Green Deal in enger Abstimmung mit Dänemark ist für uns dabei zielführend. Dass Dänemark die Öl- und Gasförderung in der Nordsee bis 2050 komplett beenden will, ist beispielhaft.
- Wir wollen, dass der Bund beim vertraglich zwischen Dänemark und Deutschland vereinbarten Bau der **Fehmarnbeltquerung** alles dafür tut, um **Umweltbelastungen zu minimieren** und die Kosten in einem angemessenen Rahmen zu halten. Investitionen in die Fehmarnbeltquerung als neue Verkehrsachse dürfen nicht dazu führen, dass der Norden des Landes bei der Verkehrsförderung des Bundes abgehängt wird.
- Wir wollen, dass der Bund ein **gemeinsames Digitalisierungsprojekt** mit **Dänemark** startet, um sich von der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Skandinavien inspirieren lassen und die Digitalisierung von Angeboten der Bundes- und Landesbehörden in Schleswig-Holstein schneller voranzubringen.
- Wir wollen ermöglichen, dass **wirtschaftliche Bundesförderprogramme** bis zu 20 % auch grenzüberschreitend, d. h. über das Bundesgebiet hinaus, eingesetzt werden dürfen.
- Wir wollen am deutsch-dänischen **Doppelbesteuerungsabkommen** festhalten. Es darf nicht durch ein europäisches ersetzt werden. Überflüssige Bürokratie muss abgebaut werden.

2.3 Klima- und Umweltschutz in Schleswig-Holstein schneller umsetzen

Der Klimawandel nimmt dramatische Formen an und ist schon heute überall auf der Welt spürbar. Wir begrüßen die Fridays-for-Future-Bewegung, denn diese engagierten jungen Menschen haben zu Recht erkannt: Unser Handeln in den kommenden 10 Jahren wird maßgeblich mitentscheidend dafür sein, ob wir noch eine Chance haben, die Erderwärmung zu begrenzen. Die aktuellen Forschungsergebnisse, etwa aus der Arktis, zwingen uns dazu, die Herausforderungen jetzt anzugehen.

Der instabile Zustand der Atmosphäre lässt uns keine Wahl: Der CO₂-Ausstoß muss massiv gesenkt werden. Gerade Schleswig-Holstein wird stark vom Klimawandel betroffen sein, denn die Klimaveränderungen werden zu einem Anstieg des Meeresspiegels führen, der gerade für Schleswig-Holsteins Küsten fatale Folgen haben wird. Deshalb brauchen wir jetzt einen deutlichen Kurswechsel, um die Zukunft unserer Kinder zu sichern.

Alle Industriestaaten müssen den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase erheblich reduzieren, um die katastrophalen Folgen dieses Klimawandels aufzuhalten. Die wohlhabende Industrienation Deutschland hat hier eine besondere Vorbildfunktion und auch die Möglichkeiten, durch einen klimaneutralen Umbau des Industrie- und Wirtschaftsstandortes weltweiter Vorreiter zu werden. Der CO₂-Ausstoß muss insbesondere im Energie- und Verkehrsbereich gebremst werden.

Die Zeit des Zauderns und Zögerns muss beim beängstigend fortschreitenden Klimawandel endgültig der Vergangenheit angehören. Die **Transformation hin zu einer klimagerechten Welt**, die immer auch den Erhalt der Artenvielfalt im Blick hat, kann nur gelingen, wenn wir jetzt gegensteuern!

Über Erfolg oder Misserfolg entscheiden dabei weniger die technischen Grenzen, sondern der gesellschaftliche und politische Wille zu Veränderung.

Aber auch die steigende Nutzung von Naturflächen für Wohnen, Gewerbe und Industrie bedroht die Arten- und Naturvielfalt sowie das Trinkwasser in Deutschland und Schleswig-Holstein. Deshalb muss die Flächenversiegelung begrenzt und der Umweltschutz in Schleswig-Holstein verbessert werden. Hier ist vor allem auch der Bundesgesetzgeber gefragt.

Das wollen wir im Bundestag erreichen:

Der Bund muss endlich die Energiewende umsetzen

Letztlich müssen wir entstehende CO₂-Emissionen durch Kohle-, Öl- und Gasverbrennung vollständig vermeiden, um die weitere Klimaerwärmung zu begrenzen. In Schleswig-Holstein sind wir bereits Modellregion für eine Energieversorgung zu 100 % aus erneuerbaren Energien. Wir sind überzeugt davon, dass die Energiewende notwendig und wirtschaftlich richtig ist und den einzigen Weg bietet, den Klimawandel noch zu beherrschen.

- Wir wollen, dass der Bund die **Paris-Abkommen** zum Klimaschutz aus dem Jahr 2015 schneller umsetzt. Das Ziel, ohne CO₂-Ausstoß auszukommen, muss bereits deutlich vor 2050 erreicht werden, möglichst schon 2035. Unser Maßstab ist und bleibt: Die Erderwärmung muss aktiv begrenzt werden und darf nicht um mehr als 1,5 Grad Celsius ansteigen!
- Wir wollen, dass **bestehende Kohle- und Gaskraftwerke** im Takt mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien **stillgelegt** werden. Der Kohleausstieg muss sozialverträglich und schneller als bisher beabsichtigt vor 2038 umgesetzt werden.
- Wir wollen zur Erreichung der **Klimaneutralität** bei der **Gebäudesanierung** eine massive Steigerung der energetischen Sanierungsrate forcieren. Statt fossiler Heizsysteme müssen Wärmepumpen sowie die Nutzung von grüner Nah- und Fernwärme Vorrang haben.
- Wir wollen, dass der Bund mehr finanzielle und personelle Ressourcen für die Forschung **alternativer Energieformen** und **Energiespeicher-Möglichkeiten** zur Verfügung stellt. Bei Abnahme von regionalem, nachhaltigem Strom müssen die Verbraucher einen Preisvorteil haben.
- Wir wollen, dass der Bund mehr Zuschüsse zur Verfügung stellt, um den Ausbau der **Offshore Windenergie** in Nord- und Ostsee voranzubringen.
- Wir wollen, dass der Bund die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine **Gewinnbeteiligung** der Bürger*innen an alternativen Energieformen wie Bürger*innenwindparks erleichtert.
- Wir wollen, dass der Ausbau der **Photovoltaik** und der Windenergie im ganzen Bundesgebiet stärker vorangebracht wird. **Um ein klimaneutrales Energiesystem bis 2035 sicherzustellen, ist der Ausbau von Wind- und Solarenergie in der Größenordnung von mindestens 25 Gigawatt pro Jahr nötig.** Für die Akzeptanz bedarf es einer stärkeren Beteiligung der Anwohner*innen und der Kommunen am Betrieb dieser Anlagen im Sinne einer Bürger*innen-Energie.
- Wir wollen, dass die inländische Forschung an der Produktion und Nutzung **von Wasserstoff** beschleunigt wird. Für die Sicherstellung der Versorgungssicherheit in der Stromversorgung und für klimaverträgliche Industrieprozesse wird die **Nutzung von Wasserstoff** nötig sein. Hiervon kann der Standort Schleswig-Holstein nur profitieren.
- Wir wollen, dass der **Ausbau der Stromnetze** schneller vorangebracht wird und die Kosten bundesweit verteilt werden. Die Netzentgelte sind so anzupassen, dass regenerative Energien nicht zur Belastung werden. Zudem sind regionale Eigenversorgung und die Nutzung erneuerbaren Stroms besonders zu berücksichtigen.
- Wir wollen einen **Einspeisevorrang** in den Netzen für **erneuerbaren Strom**. Dies muss deutlich konsequenter umgesetzt werden als bisher.

- Wir wollen die **Sektorenkopplung** weiter **ausbauen**. Die dafür benötigten Technologien sind zu fördern. Forschung und Entwicklung müssen vorangebracht werden. Energieeinsparung und Effizienz müssen weiterhin im Fokus bleiben.
- Wir wollen, dass die Entwicklung von **Speichertechnologien verstärkt** wird. Die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen untereinander und mit der Wirtschaft muss verbessert werden.
- Wir wollen, dass Produzenten für die Nutzung des **eigenen regenerativen Stromes** nicht mit finanziellen Belastungen bestraft werden.

CO₂-Steuer darf nicht zu zusätzlichen steuerlichen Belastungen führen

*Für den SSW ist es wichtig, dass **die erforderlichen Maßnahmen nicht den Mittelstand besonders hart treffen**. Insbesondere größere Unternehmen können und sollen durch eine geplante CO₂-Bepreisung dazu bewogen werden, den Ausstoß zu verringern und auf klimafreundliche Alternativen umzustellen. Allerdings droht die Gefahr, dass hieraus entstehende Mehrkosten auf den Verbraucher abgewälzt werden. Deshalb muss es parallel zur CO₂-Bepreisung an anderer Stelle eine Senkung der Steuerlast für den Verbraucher geben.*

- Wir wollen, dass neben der bereits geplanten Senkung der EEG-Umlage weitere **wirksame Maßnahmen ergriffen** werden, um den Steuerzahler bei der **Einführung der CO₂-Steuer** nicht zusätzlich zu belasten.

Die Verkehrswende muss kommen

Damit der CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor gesenkt werden kann, brauchen wir eine konsequente Verkehrswende. Dies kann durch Verkehrsverlagerung und -vermeidung, Effizienzsteigerung bei allen Verkehrsträgern und stärkeren Einsatz von Elektromobilität erreicht werden. Ziel muss es sein, die Modernisierung der Bahn (inklusive der Schienenfahrzeugflotte) voranzutreiben. Es gibt einen Bedarf für einen verlässlichen Deutschlandtakt (positives Beispiel ist die Schweiz), damit das Reisen mit der Bahn komfortabler und attraktiver wird. Dazu gehören auch preiswerte Tickets. Nur so werden die Passagierzahlen kontinuierlich steigen.

- Wir wollen, dass der Bund in den nächsten Jahren **massiv in den Ausbau der Schieneninfrastruktur** investiert. Ziel muss es sein, bis 2035 mindestens 30 % mehr **Güterverkehr auf die Schiene** zu bringen. Dabei muss differenziert vorgegangen werden, um Bahnstrecken wieder zu öffnen. Es geht darum, die klimafreundlichste Lösung für die Region zu finden.
- Wir wollen, dass die Kapazität des **ÖPNV bis 2035 verdoppelt** wird. Dazu muss der Bund mehr Regionalisierungsmittel für den ÖPNV zur Verfügung stellen, die auch Schleswig-Holstein zugutekommen. Öffentliche Verkehrsangebote müssen fahrgastfreundlicher, kosteneffizienter und durch Zusatzangebote wie Car-Sharing attraktiver gestaltet werden.

- Wir wollen, dass die Mobilitätsbedarfe so weit wie möglich auf den Umweltverbund aus Fuß- und Fahrrad- sowie öffentlichem Verkehr verlagert werden. Hierzu bedarf es einer verkehrsvermeidenden Stadt- und Raumplanung. Die dänische Hauptstadt Kopenhagen zeigt anschaulich, wie dies gut funktionieren kann.
- Wir wollen, dass **technische Barrieren** in der EU, etwa unterschiedliche Signalsysteme, Stromspannungen und Spurweiten, überwunden werden, um das Angebot des internationalen Bahnverkehrs als Alternative zum Flugzeug attraktiver zu machen.
- Wir wollen eine bessere **Verzahnung** von Individualverkehr, ÖPNV und Radverkehr, um die Innenstädte aufatmen zu lassen. Zum Beispiel wollen wir eine Park- und Verkehrsinfrastruktur, die das Umsteigen auf ÖPNV und Radverkehr ermöglicht, um die Innenstädte vom Individualverkehr zu entlasten. Dazu muss die Fahrradmitnahme im Bahn-, Fern- und Nachtverkehr überall ermöglicht werden.
- Wir wollen die **Dekarbonisierung** bei der **Mobilität** vorantreiben. Erneuerbare Energieformen müssen die Grundlage für E-Motoren, Wasserstoff oder strombasierte Kraftstoffe sein. Hierfür benötigen wir den Aufbau eines Wasserstoff-Tankstellennetzes für den Schwerlasttransport bis nach Skandinavien.
- Wir wollen ein **gesetzliches Tempolimit von 130 km/h** für Kraftfahrzeuge. Die Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen kostet nichts, ist sofort umsetzbar und leistet einen Beitrag zum Klimaschutz.
- Wir wollen die **Emissionen** in der Schifffahrt auf an Land geltende Grenzwerte absenken, indem wir alternative Antriebssysteme fördern. Hier sind insbesondere Wasserstoffantriebe und synthetisch oder pflanzlich hergestellte Kraftstoffe in den Fokus zu nehmen.

Gewässer, Meere und Boden schützen: Kein Fracking und kein CCS

Wasser ist eine lebenswichtige Ressource, die es zu schützen gilt. Unser Wasser ist durch mittelbare oder unmittelbare Einflüsse in unterschiedlichem Maße beeinträchtigt. Arzneimittelrückstände, Abwasser, Pflanzenschutzmittel, Phosphat, Nitrat, Mikro- und Nanoplastik finden sich in allen Gewässern. In vielen Regionen des Landes verzeichnen wir zunehmende Umweltschäden, sowohl im Grundwasser als auch in den Oberflächengewässern und Meeren. Die Einträge haben unterschiedlichste Verursacher, die den Wasserkörper belasten. Trotz schärferer Umweltauflagen erleben wir in weiten Teilen Verschlechterungen bei der Wasserqualität. Wasserwerker weisen seit Jahren darauf hin, dass die Gewinnung von Trinkwasser problematisch wird, wenn die Belastungen nicht zurückgehen. Am Beispiel der Schlei werden die Missstände deutlich. Erhöhte Nährstoffeinträge aus umliegenden Flächen, ungewollte Einträge aus Abwässern oder durch Industrie verseuchte Böden, die das Gewässer belasten. Das integrierte Modellprojekt der Schlei zeigt Wege auf, wie die Situation verbessert werden kann.

- Wir wollen, dass das **Modellprojekt Schlei** durch Maßnahmen des Bundes verstetigt wird.
- Wir wollen **keine Plastikeinträge** in unsere Gewässer. Hierfür benötigen unsere Kläranlagen entsprechende Filtersysteme und Reinigungsstufen, die bis hin zu Mikroplastik solche Einträge verhindern. Dies muss mit Bundesmitteln gefördert werden. Gleiches gilt, um das Einleiten von Arzneimittelrückständen in die Gewässer zu verhindern. Dazu darf kein Plastik mehr in der Speiseresteverwertung vorkommen. Der Bund muss dafür sorgen, dass Gärreste und Komposte keinerlei Kunststoffanteile enthalten dürfen statt der derzeit zulässigen 0,5 %.
- Wir wollen unser Grundwasser schützen und fordern deshalb ein bundesweites **Frackingverbot**. Niemand kann ausschließen, dass Fracking Auswirkungen auf das Grundwasser hat. Auch den Einsatz von Carbon Dioxide Capture and Storage (CCS) lehnen wir wegen der negativen Umweltfolgen ab. Das Bergrecht muss entsprechend geändert werden.
- Wir wollen eine konsequente Umsetzung der **Strategie für das Wattenmeer 2100**. Es geht uns um den Erhalt des einmaligen Naturraums Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und der Inseln und Halligen als wesentliche Strukturen im Nationalpark Wattenmeer. Der Schutz und die Lebensqualität der Insel- und Halligbewohner*innen muss gesichert werden.
- Wir wollen einen umfassenden Schutz der Meere nach dem Vorsorgeprinzip und lehnen daher eine weitere **Verklappung** des **Hamburger Hafenschlicks** in der Nordsee ab. Die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) verbietet dies eigentlich schon jetzt. Sie muss auch in der Nordsee konsequent angewendet werden.
- **Wir wollen keinen Ausbau der LNG-Infrastruktur in Deutschland.** Flüssiggas ist als Brückentechnologie ungeeignet, weil in der gesamten Prozesskette erhebliche Mengen Methan entweichen können, die das Klima stärker belasten als bisherige Energieträger. Zudem lässt sich nicht wirksam ausschließen, dass in den LNG-Terminals auch durch Fracking gewonnenes Gas gelagert wird. Flüssiggas wird derzeit verstärkt in der Seefahrt verwendet, um Schadstoffemissionen zu reduzieren. **Wir wollen die Ablösung von LNG in der Seefahrt durch saubere Kraftstoffe und moderne Technologien forcieren.**
- Wir wollen die **Düngeinträge** ins Grundwasser minimieren. Jahrelanges Blockieren entsprechender Maßnahmen und das Aussitzen der EU-Nitratrichtlinie haben der Landwirtschaft einen Bärendienst erwiesen. Wir wollen eine **moderne Düngeverordnung** und Untersuchungsmethoden sowie Warnstufen, die frühzeitig anschlagen.
- Wir wollen einen **flächendeckenden Gewässerschutz ermöglichen**, indem wir den Eintrag aus Nährstoffen und Pestiziden weitestgehend verringern. Wir brauchen **Gewässerrandstreifenprogramme** des Bundes, die Gewässer effektiv vor Einträgen schützen.

- Wir wollen den Gebrauch von **Einwegplastik** durch ein Bundesgesetz deutlich reduzieren. Das Mehrweg- und Pfandsystem muss verstärkt und ausgebaut werden. Coffee to go soll nur noch in Mehrwegbechern ausgeschenkt werden.
- Wir wollen keine weiteren Mindestmengen von Fremdstoffen im **Biomüll und Kompost**. Der Bund muss das Recyclingsystem endlich anpassen und verbessern.
- Wir wollen eine Novellierung des § 13b im Baugesetzbuch mit erhöhtem Schwerpunkt auf der Umweltprüfung, um den **Flächenfraß** einzudämmen, denn Boden ist nicht unendlich.
- Wir wollen, dass der lokale Naturschutz in Biosphärenreservaten eine höhere Bedeutung bekommt. Der Bund muss mehr Mittel zur Verfügung stellen, um **Tourismus mit dem Naturschutz vereinbar zu machen**. Die Nationalparkverwaltung Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer verwaltet mit 443.100 Hektar das größte UNESCO-Biosphärenreservat in Deutschland. Wir wollen auf Bundesebene dafür sorgen, dass mehr Personal eingesetzt wird, um in touristischen Belangen mehr für den Naturschutz zu sensibilisieren.
- Wir wollen, dass der Bund endlich die benötigten Mittel und Ressourcen aufwendet, um zügig **alte Kriegsmunition** aus den Gewässern zu bergen; nicht nur in Nord- und Ostsee, sondern auch in den Binnengewässern, wo es bereits zu schweren Unfällen beim Einsammeln angespülter Phosphorablagerungen gekommen ist.

Atomendlagersuche transparent und nachvollziehbar

*Die radioaktiv verstrahlten Hinterlassenschaften der Atomenergie beschäftigen uns seit Jahrzehnten und sind ein weiterer Beweis, dass wir diese Form der Energiegewinnung schnellstmöglich beenden müssen. Wir stehen in der Verantwortung, den radioaktiven Müll sicher zu entsorgen. Das jahrzehntelange Gezerre um den Standort Gorleben als Endlager ohne die erforderliche Beteiligung der Bürger*innen und Transparenz war politisches Versagen und hat zu einem bundesweiten Widerstand und großer Skepsis gegenüber der Einlagerung radioaktiver Abfälle geführt.*

Mit dem Bund-Länder-Beschluss, ergebnisoffen nach einem geeigneten Standort mit größtmöglicher Sicherheit zu suchen, ist jetzt ein neues Verfahren begonnen worden. Schon in den 1970er Jahren, bevor die Grünen überhaupt existierten, hatte der SSW vergeblich vor der Nutzung der Kernenergie sowie vor enormen Risiken und Problemen gewarnt. Wir werden den gesamtgesellschaftlichen Prozess der Endlagersuche aber selbstverständlich konstruktiv begleiten, denn nur gemeinsam können wir das Problem lösen.

- Wir wollen, dass die Endlagersuche auf wissenschaftlichen Untersuchungen basiert und nur Standorte in Betracht gezogen werden, die entsprechend **geeignete geologische Voraussetzungen** bieten.

- Wir wollen, dass neben geologischen Voraussetzungen auch **andere Kriterien** berücksichtigt werden, die einen solchen Standort über Jahrhunderte als sicher gelten lassen (z. B. Erdbeben, Vulkane und Überschwemmungen).
- Wir wollen, dass die Verfahren und Untersuchungen **transparent** und **nachvollziehbar** sind.
- Wir wollen ein frühzeitiges und breites **Informations- und Beteiligungsverfahren in allen Regionen**, die in Frage kommen.
- Wir wollen, dass die Suche im gesamten Bundesgebiet unternommen wird und kein geeigneter Standort **aus politischen Gründen** im Vorfeld herausgenommen wird.
- Wir wollen, dass eine **Rückholung des Atomabfalls** auch in ferner Zukunft gewährleistet bleibt.

Bauschutt von Atomkraftwerken muss vor Ort eingelagert werden

Freigegebene Abfälle von stillgelegten Kernkraftwerken sollen dort eingelagert werden, wo sie entstanden sind. Die Standortkommunen haben erhebliche Steuereinnahmen aus den Meilern erzielt. Es wäre unvermittelbar, wenn Andere nun den schwach radioaktiven Abfall erben sollen. Entsorgungspflichtig ist nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz ohnehin der Kraftwerksbetreiber selbst, und annahmepflichtig ist der Entsorgungsträger im entsprechenden Landkreis.

- Wir wollen, dass **Bauschutt** von zurückgebauten **Kernkraftwerken** lokal bzw. im betroffenen Landkreis deponiert wird. Eventuell ungeeignete Deponien oder das Kraftwerksgelände selbst sind für eine sichere Einlagerung zu ertüchtigen.

Kein Weltraumbahnhof in der Nordsee

Nicht alles technisch Machbare ist notwendig. Wir sehen den Bau eines mobilen Weltraumbahnhofs für Raketen skeptisch. Nach Angaben des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) ist dieser im äußersten Westen der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der Nordsee mit finanzieller Unterstützung des Bundes geplant, wo von einer mobilen Startplattform kleinere Trägerraketen mit Satelliten ins All starten sollen.

- Wir wollen einem **Offshore-Weltraumbahnhof keinen Persilschein** für Raketenstarts erteilen.
- Wir wollen, dass mögliche **Auswirkungen auf Natur und Umwelt** in der AWZ genauso berücksichtigt und untersucht werden wie an Land. Geplante Naturschutz- und Offshore-Windenergieprojekte in diesem Bereich der Wirtschaftszone müssen vorrangig in Betracht gezogen werden.
- Wir wollen, dass auch **andere Standorte** in Betracht gezogen werden.

2.4 Die Coronakrise zeigt, dass Gesundheit keine Ware sein darf

Die Coronapandemie führt uns schlagartig vor Augen, dass unser Gesundheitswesen schon vor dem Februar 2020 in Schieflage geraten war. Statt das öffentliche Gesundheitswesen auszubauen oder zumindest zu erhalten, wurden die Krankenhäuser dem freien Markt unterworfen. Parallel dazu wurde das Personal in den kommunalen Gesundheitsämtern abgebaut.

Bis 2003 galt für unsere Kliniken noch das Selbstkostenprinzip. Es war bis dahin nicht erste Aufgabe, möglichst hohe Profite zu erwirtschaften. Seit 2004 gelten die diagnosebezogenen Fallgruppen (DRGs: Diagnostic Related Groups), wonach nicht mehr der erkrankte Mensch im Vordergrund steht, sondern der Erlös aus seiner Behandlung. Je schwerer der Fall und die Anzahl der Diagnosen, desto höher die Vergütung; so wird etwa ein Kaiserschnitt deutlich besser bezahlt als eine natürliche Geburt. Dadurch werden finanzielle Fehlanreize geschaffen, die in der Gesundheitsversorgung nichts zu suchen haben.

Marktwirtschaftliche Faktoren erhöhten den Druck auf die Kliniken, viele Fälle zu behandeln, aber möglichst wenig Ressourcen zu benötigen. Z. B. wurden seit 2004 ein Drittel der Geburtsstationen geschlossen, weil sie außerhalb von Städten mit höherem Fallaufkommen kaum lukrativ zu führen sind. Ein weiterer Verlustbringer sind die Notaufnahmestationen. Jeder eingelieferte Patient kann nur mit einer Pauschale von 30,- € abgerechnet werden, unabhängig von den im Einzelfall nötigen medizinischen Maßnahmen. Hinzu kommt die Belastung durch viele Menschen, die in den Abendstunden und an Wochenenden selbst die Notaufnahmen ansteuern. Zudem treibt der Stellenabbau beim Pflegepersonal (50.000 Stellen in 15 Jahren) bei gleichzeitigem Anstieg der Patientenzahlen die Krankenhäuser an ihre Grenzen. Die Einführung von Pflegepersonalvorgaben und Personaluntergrenzen durch das Bundesgesundheitsministerium gewährleistet nur eine Minimalbesetzung und hat mit einer bedarfsgerechten Personalbemessung nichts zu tun.

Wir benötigen ein Verfahren, das die notwendige Personalbesetzung anhand des individuellen Pflegebedarfs der Patient*innen ermittelt. Die Pflegepersonalregelung (PPR) wäre ein Instrument dafür. Sie wurde 1993 eingeführt, aber schon vier Jahre später aus Kostengründen wieder abgeschafft. Dann nahm der Frust der Pflegekräfte seinen Lauf.

Das wollen wir im Bundestag erreichen:

Fallpauschalen-System abschaffen

Daseinsvorsorge ist kein Produkt des Marktes. Die Coronakrise zeigt, dass marktorientierte Fallpauschalen und das DRG-System sich nicht für den Gesundheitsbereich eignen. Dies gilt auch für die Bewältigung von Pandemien. Das Fallpauschalen-System gewährt keine ausreichenden Mittel, um eine Krise wirksam zu bekämpfen – und schon vor Corona befanden sich 50 % der Krankenhäuser in Insolvenzgefahr. Die fortschreitende Konzentration auf wenige Großkliniken in Schleswig-Holstein zulasten kleinerer Krankenhäuser kann keine nachhaltige Lösung sein, verstärkte Kooperationen zwischen den Krankenhäusern hingegen schon.

Die Höhe der Fallpauschalen richtet sich eben nicht nach den Kosten einer wirtschaftlichen Betriebsführung nach dem Prinzip der Angemessenheit der Leistungen (§ 12 SGB V, Wirksamkeit vor Sparsamkeit). Im DRG-System dreht sich die Spirale nur nach unten: Versorgungsqualität und Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, weil Wirtschaftlichkeit nur an einem Durchschnittswert festgemacht wird.

- Wir wollen eine **Gesundheitspolitik**, in der das **Gemeinwohl** und **nicht der Profit** im Mittelpunkt steht.
- Wir wollen die **Abschaffung** des jetzigen **DRG-Systems**.
- Wir wollen zusätzlich zu den Krankenhausbedarfsplänen der Länder einen **bundesweiten, verbindlichen Krankenhausbedarfsplan**, der Leistungen nicht nur ermöglicht, sondern auch dazu verpflichtet.
- Wir wollen, dass der Bund den Ländern und Kommunen ausreichende Mittel zur Verfügung stellt, damit die gesetzlich festgelegte Länderfinanzierung der **Krankenhausinvestitionen** zu 100 % erfüllt werden kann.
- Wir wollen, dass die **Krankenhäuser** langfristig wieder in die **kommunale** und **öffentliche Hand** zurückkehren.

Gute Pflege ist ein Menschenrecht

Seit Einführung der Pflegeversicherung als „Teilkaskoversicherung“ im Jahre 1995 und der zunehmenden Öffnung der Altenpflege für den kommerziellen Markt hat sich die Situation für Pflegebedürftige und Beschäftigte gleichermaßen verschlechtert. Die demografische Entwicklung trägt im erheblichen Maße zur Krise in der Altenpflege bei. Zukünftig werden immer mehr Menschen professionelle Pflege benötigen und immer weniger Menschen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

In der stationären Altenpflege hat sich der Eigenanteil an den pflegebedingten Heimkosten in 20 Jahren mehr als verdoppelt - von 300 Euro im Jahr 1999 auf 655 Euro im Jahr 2019. Der gesamte Eigenanteil stieg innerhalb von nur anderthalb Jahren um fast 7 % auf 1.891 Euro (1.7.2019). Immer mehr Pflegebedürftige sind finanziell mit den Eigenanteilen überfordert. Die Gefahr einer weiter ansteigenden Altersarmut ist immanent.

In den letzten 20 Jahren wurde sehr wenig für das Pflegepersonal getan. Immer weiter steigende Arbeitsbelastungen und schlechte Bezahlung haben dazu geführt, dass heute bundesweit 100.000 Pflegekräfte in den Krankenhäusern fehlen. Mit einem Coronabonus von „bis zu“ 1500 Euro pro Pflegekraft lassen sich solche Zustände nicht abstellen. Auch die Tarifergebnisse für die Pflege ab 2021 können nur der bescheidene Anfang für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sein.

Da Mehrkosten für Entgelte und Personalausstattung typisch über den Eigenanteil an die Pflegebedürftigen weitergereicht werden, entsteht ein fatales Muster:

Pflegebedürftige und Pflegekräfte werden gegeneinander ausgespielt, was jenen Anbietern mit schlechteren Arbeitsbedingungen einen Wettbewerbsvorteil verschafft.

Die ambulante Pflege hat sich zur „Minutenpflege“ entwickelt, die den tatsächlichen Bedarfen Pflegebedürftiger nicht entspricht.

- Wir wollen, dass die **Versorgung pflegebedürftiger Menschen** in der Altenpflege in die Verantwortung der **öffentlichen Hand** zurückgeführt und von ihr selbst oder durch Wohlfahrtsverbände, Kirchen oder Non-Profit-Unternehmen ausgeführt wird, um den Konkurrenzkampf über die Entgelte zwischen den Anbietern zu beenden.
- Wir wollen einen **Systemwechsel in der Pflegeversicherung** hin zu einer gerechten, solidarischen und nachhaltigen Bürger*innenvollversicherung, die alle Kosten der Pflegebedürftigkeit ohne Zuzahlung abdeckt, damit sich jeder Mensch, der pflegebedürftig wird, eine menschenwürdige und passgenaue Pflege leisten kann.
- Wir wollen, dass Pflegebedürftige in der stationären und ambulanten Altenpflege eine **individuelle, selbstbestimmte, passgenaue und aktivierende Pflege** erhalten. Wir sehen dies als einen Mindeststandard an.
- Wir wollen, dass ein **wirksames Personalbemessungsinstrument** gesetzlich verankert wird, das den Pflegebedarfen der Menschen gerecht wird und dem Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Altenpflege vollumfänglich Rechnung trägt, damit die Pflegequalität erhöht und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten **verbessert werden**.
- Wir wollen einen **allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrag** für die Altenpflege entsprechend dem Niveau des öffentlichen Dienstes (TVöD), um die Beschäftigten in der Altenpflege angemessen zu vergüten und die Attraktivität des Pflegeberufs zu erhöhen.
- Wir wollen eine **Reduzierung der Arbeitsbelastungen** in der Pflege. Nur so können z. B. die hygienischen Vorschriften konsequent eingehalten werden.
- Wir wollen Arbeitszeiten, die Rücksicht auf die **Bedürfnisse von Pflegekräften** nehmen.
- Wir wollen eine **Bettensperrung** bei Personalmangel, um Behandlungsfehler und „gefährliche Pflege“ zu verhindern.
- Wir wollen, dass Pflegenden mehr **Qualifizierung und Fortbildung** gewährt wird.
- Wir wollen eine **Stärkung des Pflegepersonals** im akademischen Bereich und eine verbesserte Ausbildung der Pflegeassistentenberufe. Eine Qualitätssteigerung in der Berufsausübung führt zu einer verbesserten Patientenversorgung und Pflegeplanung. Mehr akademisch ausgebildete Pflegefachkräfte führen zu einer Aufwertung des Pflegeberufes. Statt nur auf Anweisung des Arztes zu handeln, könnten Aufgaben teamorientiert und ganzheitlich gelöst werden. Weitere Spezialisierungen von Pflegefachkräften sollen gefördert werden.

Politik für und mit Menschen mit Behinderung machen

Menschen mit Behinderung sind nicht behindert; sie werden behindert. Alle Menschen haben die gleichen Rechte. Von einer Gesellschaft, in der jeder Mensch mit seinen individuellen Stärken und Schwächen selbstverständliches Mitglied ist, sind wir aber noch weit entfernt. Alle staatlichen Ebenen müssen sich klar zu den Zielen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung bekennen und in allen Lebensbereichen ihren Verpflichtungen nachkommen. Nicht das Individuum muss sich anpassen, um teilhaben und gestalten zu können, sondern unsere Gesellschaft als Ganze muss sich öffnen, damit ein Zusammenleben in Vielfalt selbstverständlich wird. Wir setzen uns für eine tolerante Gesellschaft ein, in der jeder Mensch mit seinen jeweiligen Fähigkeiten und Voraussetzungen wertvoll ist. Der zentrale Grundsatz der Konvention lautet „Nichts über uns ohne uns!“. Deshalb müssen Menschen mit Behinderungen auch in die Umsetzung der Konvention selbst einbezogen werden.

- Wir wollen die Teilhabe aller Menschen in unserer Gesellschaft. Hierzu bedarf es einer konsequenten **Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention** auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Inklusion muss umgesetzt und gelebt werden.
- Wir wollen, dass **Menschen mit Behinderung frei und unabhängig** entscheiden, welche Unterstützung sie zur Teilhabe an der Gesellschaft wünschen. Zu diesem Zweck muss die Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) weiter ausgebaut werden. Ziel muss es sein, dass alle Menschen mit Behinderungen unabhängig von ihrem Wohnort Zugang zu dieser Beratung haben.
- Wir wollen, dass die Bundesregierung sich bei den Bundesländern dafür einsetzt, dass die gängigen **Bauvorschriften zur Barrierefreiheit** nicht unter dem Druck einer erhöhten Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum unterlaufen werden. Menschen mit Behinderung haben längst erhebliche Probleme, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden.
- Wir wollen, dass insgesamt deutlich mehr **bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit Behinderungen** geschaffen wird. Die Mittel, die der Bund den Ländern als Ausgleich für den Wegfall früherer Finanzhilfen für die soziale Wohnraumförderung zahlt, müssen erhöht sowie die Länder verpflichtet werden, diese Mittel zweckgebunden für den barrierefreien und -reduzierenden Um- und Neubau sowie neue Sozialbindungen zu verwenden. Vertreter*innen von Menschen mit Behinderung sind rechtzeitig zu beteiligen.
- Wir wollen, dass die Bundesregierung die **Beschäftigungspflicht** endlich konsequent einfordert und durchsetzt. Wir fordern daher eine Erhöhung der Ausgleichsabgabe für die Betriebe, die ihrer Beschäftigungspflicht gar nicht oder in unzureichendem Maße nachkommen.

- Wir wollen, dass der **Bund als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangeht** und nicht nur mehr Menschen mit schweren Behinderungen einstellt, sondern ihnen auch flexiblere Rahmenbedingungen bietet. Dazu gehören verschiedene Arbeitszeitmodelle (Teilzeit, Sabbatical u. a.), besonderer Kündigungsschutz insbesondere für Menschen mit schweren Behinderungen und begleitende Hilfe im Arbeitsleben.
- Wir wollen, dass das **Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM)** gestärkt und verbindlicher gestaltet wird. Wir fordern, dass zu diesem Zweck im SGB IX ein individueller Rechtsanspruch für Beschäftigte auf die Durchführung des BEM verankert wird.
- Wir wollen, dass Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf nicht wegen Art und Schwere der Behinderung von **Leistungen zur Teilhabe** am Arbeitsleben ausgeschlossen werden. Dieses Recht darf sich nicht auf Leistungen der Werkstatt beschränken und muss auch für die berufliche Bildung gelten.
- Wir wollen, dass die **freie Arztwahl** auch für Menschen mit Behinderung die Regel sein muss. Leider bestehen noch immer bauliche, kommunikationsbezogene oder einstellungsbedingte Barrieren, die die gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderungen beeinträchtigen. Wir fordern, dass Arztpraxen und sonstige Einrichtungen im Gesundheitsbereich konsequent barrierefrei ausgestaltet werden. Dies muss notfalls mit staatlicher Unterstützung sowie mit Sanktionsdruck im Falle der fortgesetzten Weigerung der Betreiber geschehen.
- Wir wollen, dass das Thema Behinderung systematisch in die **Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Gesundheitsberufe** integriert wird. Außerdem muss Barrierefreiheit zur Zulassungsvoraussetzung von Praxen werden. Außerdem müssen Patient*innen mit Behinderungen umfassend über das Behandlungsgeschehen informiert und in die ärztlichen wie therapeutischen Entscheidungsprozesse aktiv eingebunden werden.

Bessere Gesundheitsförderung

Gesundheit ist keine Ware und darf nicht normalen Marktmechanismen unterliegen. Ziel unserer Gesundheitspolitik ist eine zugängliche und bestmögliche medizinische und pflegerische Versorgung für alle Menschen. Der Gesundheitsmarkt darf keine Anreize schaffen, die einer optimalen, individuellen medizinischen Versorgung widersprechen. Der SSW tritt für eine solidarische Finanzierung der Krankenversicherung ein.

- Wir wollen, dass der Bund die **Gesundheitsförderung** höher **priorisiert**.
- Wir wollen eine **wohnnortnahe, menschengerechte Gesundheitsversorgung** – auch in der Fläche.
- Wir wollen, dass der Bund die **kommunalen Gesundheitsämter finanziell besser unterstützt**.

- Wir wollen, dass **Gesundheitsprävention** und **Vorsorgeuntersuchungen** stärker in den Mittelpunkt gestellt werden. Bessere Aufklärung und Prävention von sogenannten "Wohlstandskrankheiten" können unnötige Kosten im Gesundheitswesen verhindern.
- Wir wollen, dass der Bund bei der EU darauf hinwirkt, eine **verpflichtende Kennzeichnung der Lebensmittel** zur Nährstoffqualität einzuführen. Um Verbrauchern eine schnellere Orientierung zu ermöglichen, wollen wir die obligatorische Einführung des Nutri-Scores. Die fünfstellige Farb- und Buchstabenskala erleichtert Verbraucher*innen den Kauf von Lebensmitteln für eine ausgewogene Ernährung.
- Wir wollen, dass die zunehmende Zahl alter Menschen auch **in Pflegeheimen menschenwürdig leben kann** und gut versorgt wird. Auch der Bund trägt eine Mitverantwortung hierfür und muss Länder und Kommunen finanziell unterstützen. Eine soziale Isolation betagter Heimbewohner*innen wie in den ersten Monaten der Coronapandemie darf es nicht mehr geben.
- Wir wollen den **Ausbau und die Unterstützung von stationären Hospizen und ambulanten Hospizdiensten** in Deutschland forcieren. Lebensbedrohlich Erkrankte, insbesondere Kinder und Jugendliche, haben das Recht auf Selbstbestimmung und gute palliative ärztliche und pflegerische Versorgung.
- Wir wollen eine **geschlechtergerechte Gesundheitsförderung und -versorgung**. Geschlechtsspezifische Besonderheiten müssen in den Standardanforderungen und den Leistungsbeschreibungen der Krankenkassen festgeschrieben werden und Berücksichtigung finden.

Staatlicher Haftungsfond soll Hebammen helfen

Das Hebammenwesen in Deutschland ist vom Aussterben bedroht. Schuld sind die unverhältnismäßig hohen Prämien zur Berufshaftpflichtversicherung für Hebammen. Auf Initiative des SSW hatte Schleswig-Holstein eine Bundesratsinitiative eingebracht, in der die Bundesregierung aufgefordert wurde, diesem Prämienwahn ein Ende zu bereiten. Leider lehnte die Bundesregierung dies damals ab. Da die Vergütung der Hebammen weiterhin pro Geburt erfolgt, stehen die Prämien insbesondere im geburtenschwachen ländlichen Raum in keinem Verhältnis mehr zu den Einnahmen.

- Wir wollen, dass der Bund einen staatlichen Haftungsfond nach dänischem Vorbild einführt, um die **Prämien** der Berufshaftpflichtversicherung für Hebammen erheblich zu **reduzieren**.
- Wir wollen eine Änderung der **Abrechnungspauschalen in der Geburtshilfe**. Individuelle und intensive Betreuung muss leistungsgerecht abgebildet werden und Anreize für physiologische Geburten bieten. Zudem müssen Anreize geschaffen werden, um mehr Hebammen im ländlichen Raum anzusiedeln.

- Wir wollen ein **Geburtshilfestärkungsgesetz** für eine bessere Versorgung. Ein gesetzlicher Rahmen muss für eine Transparenz im Betreuungsschlüssel sorgen, feste Qualitätsstandards und die ambulante Notfallversorgung regeln.

Bessere Versorgung für Menschen mit psychischen Erkrankungen

Die Zahl der Menschen mit psychischen Erkrankungen steigt seit Jahren, und die Coronapandemie wird diesen Zustand noch verschlimmern. Psychische Erkrankungen zählen zu den größten Gesundheitsproblemen in Deutschland, trotzdem gibt es nicht genug Versorgungs- und Hilfsangebote. Oft müssen Betroffene monatelang auf einen Therapieplatz warten. Wir wollen das Leid der Betroffenen durch mehr Psychotherapieplätze und Präventionsprogramme mindern.

- Wir wollen, dass **Präventionsprogramme** in Kitas, Schulen und Betrieben ausgebaut und gefördert werden.
- Wir wollen, dass die erhöhte Nachfrage nach **psychotherapeutischen Behandlungen** in der Bedarfsplanung berücksichtigt wird und mehr Behandlungsplätze geschaffen werden.

Nationale Demenzstrategie konsequent umsetzen

Die nationale Demenzstrategie „Teamgeist für Menschen mit Demenz“ ist ein wichtiger Schritt. Die Weiterentwicklung und konsequente Umsetzung der gesetzten Ziele ist ein absolutes Muss für die Betroffenen und deren Angehörige. Demenz war viel zu lange ein Tabuthema, und es gab nicht ausreichend Aufmerksamkeit für die immer höher werdende Anzahl an Betroffenen. Demenzerkrankten muss so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden. Die Pflege im Alter setzt kompetente und spezialisierte Fachkräfte voraus.

- Wir wollen eine ausreichende Bereitstellung von Mitteln für **Prävention und Aufklärung** über die Krankheit.
- Wir wollen den **Aufbau von lokalen Allianzen** vorantreiben.
- Wir wollen, dass Menschen mit Demenz und deren Angehörige in **Beteiligungsverfahren** berücksichtigt werden, z. B. bei der Entwicklung von Quartiersmanagement.
- Wir wollen **digitale Strukturen** schaffen, die eine aufsuchende Beratung fördern und Informationsplattformen bereitstellen.
- Wir wollen, dass mehr **Sensibilisierungsprogramme** mit den öffentlich-rechtlichen Medien entwickelt werden.
- Wir wollen **kulturelle Angebote für Demenzerkrankte** stärken, z. B. in einer besseren Vernetzung mit Bibliotheken.

2.5 Hartz IV überwinden: Wir brauchen ein neues Sozialstaatsmodell

Der SSW steht für einen solidarischen Wohlfahrtsstaat nach skandinavischem Vorbild. Die starken Schultern sollen größere Lasten tragen, die stärksten Schultern mehr als bisher. Alle Bürger*innen sollen über Steuern in die Sozial- und Krankenversicherung einzahlen. Leistungsstarke Gruppen dürfen davon nicht mehr ausgenommen werden. Es ist Aufgabe des Staates, nicht jene zu vergessen, die keine starke Lobby haben und besonderer Hilfe bedürfen.

Trotz der vergleichsweise guten wirtschaftlichen Situation in Deutschland in den letzten Jahren stehen viele Menschen am Rand der Gesellschaft. Dies betrifft besonders alleinerziehende Eltern. Die Coronapandemie wird diesen Trend verstärken. Alleinerziehende, Kinderreiche, aber auch Rentner*innen haben nach wie vor ein erhöhtes Armutsrisiko. Auch die Zahlen von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz und Langzeitarbeitslosen sind weiterhin hoch.

Die Sozialreform „Agenda 2010“ sollte die Massenarbeitslosigkeit beseitigen und unbürokratische Leistungen für Bedürftige geben. Dabei zeigen Studien, dass die Arbeitslosigkeit nicht wegen Hartz IV, sondern aufgrund der guten Konjunktur gesunken ist. Gestiegen ist indes der Anteil prekär Beschäftigter. Groß ist daher die Kritik an Hartz IV – an umfangreichen Antragsformularen, an zweifelhaften Arbeitsangeboten, an den Zuschüssen. Und nicht zuletzt an den Sanktionsregelungen, die das Bundesverfassungsgericht 15 Jahre nach Einführung als zum Teil nicht verfassungskonform bezeichnete. Wir meinen, dass es an der Zeit ist, Hartz IV zu überwinden und gemeinsam ein neues Sozialstaatsmodell zu entwickeln.

Das wollen wir im Bundestag erreichen:

Armut eindämmen

*Über 50 Prozent der Erwerbslosen und deutlich über 40 Prozent der Alleinerziehenden in Schleswig-Holstein sind von Armut bedroht. Dies betrifft vor allem Frauen. Über 20.000 Rentner*innen in Schleswig-Holstein sind auf Grundsicherung angewiesen. Über 60.000 Kinder in unserem Bundesland leben in Armut oder müssen es fürchten. Die Einkommen sind durchschnittlich zu gering und die Sozialleistungen orientieren sich an diesem Niedrigniveau.*

- Wir wollen, dass der **Mindestlohn** zum Leben reicht und vor Armut schützt. Wir fordern daher einen Anstieg des Mindestlohnes auf **13 Euro** pro Stunde. Im Mindestlohngesetz muss der Schutz vor Armut als Ziel des Mindestlohns definiert werden.
- Wir wollen, dass **Langzeitarbeitslose, Schüler*innen** und **Jugendliche** nicht unterhalb des Mindestlohns beschäftigt werden dürfen. Sie können genau so gute Arbeit leisten wie alle anderen, also sollen sie auch gleich entlohnt werden.

- Wir wollen, dass **Leiharbeit und Werkverträge** nur noch in Ausnahmefällen zugelassen werden. Wir wollen eine konsequente gesetzliche Lösung, die Missbrauch vorbeugt und diese Instrumente effektiv eindämmt. Dabei wollen wir insbesondere, dass der Bund Mindeststandards für Lohn und Arbeitsbedingungen in der **Fleischproduktion** einführt. Zudem müssen zur Verfügung gestellte Unterbringungen von Arbeitnehmer*innen Standards entsprechen, die menschenwürdig sind und einen Infektionsschutz gewährleisten können.
- Wir wollen, dass **450-Euro-Jobs** dort abgebaut werden, wo sie sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verdrängen oder verhindern und wo Arbeits- und Lohnbedingungen nicht tragbar sind.
- Wir wollen eine sozial gerechte Ausgestaltung der gesetzlichen **Rentenversicherung** als tragende Säule der Altersvorsorge, um Altersarmut zu verhindern. Die Einführung der Grundrente ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Unser langfristiges Ziel ist ein solidarisches, umlagefinanziertes Versicherungssystem in Form einer **Erwerbstätigenversicherung**, welches alle Erwerbstätigen und Einkommensarten mit einbezieht und geschlechtergerecht ausgestaltet ist. So werden die Lasten nicht nur auf alle Schultern verteilt – die breitesten Schultern tragen auch den größeren Anteil.

Gender-Pay-Gap: Geringe Löhne sind Ausdruck mangelnder Wertschätzung

*Im Jahr 2019 haben Frauen im Schnitt pro Stunde 19 Prozent weniger als Männer verdient. Darüber hinaus stecken viele Frauen in der Minijob- oder Teilzeit-Falle fest. Die geringverdienenden Mitarbeiter*innen von heute sind die armen Rentner*innen von morgen. Wir brauchen endlich gut bezahlte und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Der SSW will die Lohnlücke zwischen Mann und Frau nicht länger hinnehmen und fordert die gleichberechtigte Entlohnung.*

- Wir wollen, dass sich der **Verdienstunterschied** zwischen Frauen und Männern angleicht.
- Wir wollen, dass es nicht nur ein **Recht für Frauen** geben muss, in Teilzeit arbeiten zu können, sondern ebenso das Recht, reduzierte Arbeitszeiten wieder in **Vollzeit** umzuwandeln.

Aktive Arbeitsmarktpolitik für Arbeitslose statt Kontrolle

Die Politik muss mehr dafür tun, Menschen bei der Arbeitssuche zu unterstützen, statt zu viele Ressourcen für die Kontrolle von Erwerbssuchenden zu verbrauchen. Auch und gerade für Langzeitarbeitslose muss diese Unterstützung auf individuelle Bedürfnisse zugeschnitten sein. Dazu muss die Auswahl an Fördermöglichkeiten und die Vielfalt an Instrumenten erhöht werden, um Erwerbslose passgenauer unterstützen zu können. Arbeit stärkt das Selbstbewusstsein und trägt dazu bei, dass wir einen Platz in der Gesellschaft haben. Sie sichert Teilnahme und Selbstbestimmung.

- Wir wollen, dass Bundesregierung und Bundesagentur für Arbeit ihren Schwerpunkt stärker auf die **aktive Arbeitsmarktpolitik** legen. Menschen

ohne Arbeit sollen nicht bloß verwaltet, sondern individuell beraten und unterstützt werden.

- Wir wollen, dass **Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen** passgenau auf die Bedürfnisse gering qualifizierter Arbeitnehmer*innen zugeschnitten und lokale Besonderheiten berücksichtigt werden.
- Wir wollen eine **inklusive Arbeitswelt** schaffen, damit alle Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommen.
- Wir wollen, dass die Kommunen bei der **Arbeitsvermittlung vor Ort** noch besser als bisher eingebunden werden, weil sie die lokalen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse kennen und den Arbeitslosen am besten helfen können.

Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen

Es gibt ein Menschenrecht auf Wohnen. Dafür braucht es auch eine gerechte Sozialraumplanung. Wir wollen keine Ghettos, sondern vielfältige Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser, inklusives, barrierefreies Wohnen und einen bezahlbaren Wohnungsbau nach dem Prinzip der Gemeinwohlökonomie ermöglichen. Die Preise für Einfamilienhäuser und die Mieten für Wohnungen sind auch in Schleswig-Holstein stark angestiegen. Gerade in den Ballungsräumen des Landes fehlt es häufig an kleineren bezahlbaren Wohnungen. Der Bund muss daher den Kommunen in Schleswig-Holstein dabei helfen, mehr öffentlichen, sozialen Wohnraum zu schaffen.

- Wir wollen, dass der Bund **mehr Investitionen** für öffentlichen Wohnraum zur Verfügung stellt.
- Wir wollen, dass der Bund die Kommunen bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum unterstützt, indem er die finanziellen **Risiken durch Altlasten** bei der Erschließung von Flächen für den Wohnungsbau mit Fördermitteln absichert.
- Wir wollen, dass der Bund die **Förderung von Genossenschaftsmodellen** zum Beispiel durch Steuerbegünstigungen erleichtert.
- Wir wollen, dass der Bund die Gründung von **kommunalen Wohnungsgesellschaften** fördert.
- Wir wollen, dass **soziale Wohnprojekte** gefördert werden, damit ein selbst gewähltes Wohnumfeld in der Mitte der Gesellschaft zur Normalität wird.
- Wir wollen, angelehnt an die Zielsetzung des EU-Parlaments, Wohnungslosigkeit bis 2030 abzuschaffen, die schnellstmögliche Aufstellung einer nationalen Strategie, um ein **Ende der Obdachlosigkeit** festzulegen.

- Wir wollen geschützte Orte flächendeckend etablieren und **Zwangsräumungen verhindern**.
- Wir wollen Konzepte wie „**Housing First**“ aus Finnland umsetzen, um Wohnungslosigkeit gezielt zu bekämpfen.
- Wir wollen, dass der Bund eine **Spekulations-Strafgebühr** bei Leerstand von Gewerbeimmobilien über einen längeren Zeitraum einführt.
- Wir wollen Entwicklung von **Wohnraum** nach **skandinavischem Vorbild**. Das bedeutet, neue Förderprogramme des Bundes zu schaffen, die Kommunen Anreize geben, Wohnungsrenovierungen und -Neubauten ganzheitlich, energieeffizient und generationsgerecht zu planen.
- Wir wollen eine **Wohngeldreform**, die es Menschen mit geringem Einkommen ermöglicht, einen zeitgemäßen Wohnstandard zu erhalten.

Ausbau und Renovierung von studentischen Wohnheimen vorantreiben

Der Ausbau und die Renovierung von studentischen Wohnheimen muss dringend vorangetrieben werden. Studierenden muss ermöglicht werden, während des Studiums einen Platz in einem Wohnheim zu bekommen. Viele Studierende wohnen nicht in der Stadt, in der sie studieren. Ihnen darf die Möglichkeit auf einen Wohnort nahe der Universität nicht verweigert werden. Neue Wohnheime müssen gebaut und bestehende Wohnheime renoviert werden.

- Wir wollen, dass der **Bund die Renovierung** bereits bestehender Wohnheime unterstützt sowie die Modernisierung dieser vorantreibt.
- Wir wollen, dass **neue Wohnheime** gebaut werden.

Arbeitsmarkt der Zukunft

*Leistungsgerechtigkeit und soziale Sicherheit in allen Branchen sind elementare Kriterien für eine gute Arbeitswelt. Die Integration aller Bürger*innen in eine gute Arbeitswelt ist unser zentrales Ziel. Wir müssen plurale Erwerbsformen berücksichtigen und für einen selbstbestimmten beruflichen Lebenslauf werben. Den technologischen Wandel müssen wir nutzen, um eine bessere Gestaltung von Arbeit voranzubringen. Innovative und demokratische Unternehmen bieten individuelle Formen der Teilhabe von Beschäftigten in Betrieben an.*

- Wir wollen den Ansatz des lebenslangen Lernens in der Arbeitswelt verankern, daher müssen wir in die **Stärkung von Qualifikationen und bessere Aufstiegschancen** investieren.
- Wir wollen ein **Recht auf Weiterbildung**.

- Wir wollen eine ressortübergreifende **Innovations-, Forschungs- und Transferstrategie**.
- Wir wollen kleinere und mittlere Unternehmen mit verlässlichen digitalen Strukturen versorgen. **Dezentrale Beratungsangebote** sind wichtig, um Start-Ups und Co-Working-Modelle vor allem in ländlichen Räumen zu sichern.
- Wir wollen die **Finanzierung und Fördermöglichkeiten für Kultur- und Kreativschaffende** ausbauen.
- Wir wollen uns verstärkt für das besondere Potenzial der **Software- und Gamingindustrie** stark machen.
- Wir wollen gute Strukturen für **internationale Vernetzung und den Kreativstandort Deutschland** herstellen. Hier gilt es insbesondere die grenzüberschreitende Entwicklung in den Fokus zu nehmen.
- Wir wollen das **Aufstiegs-BAföG** fortlaufend weiterentwickeln, um die Aufstiegsmöglichkeiten von Beschäftigten in allen Berufen zu fördern.
- Wir wollen **Eingliederungsprogramme für Langzeitarbeitslose** und ehemalige Strafgefangene weiterentwickeln und verbessern.
- Wir wollen **in neuen Berufsbildern** sowie in der Transformation von Berufen und in der IT-Branche das **Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit** verankern. Mädchen und Frauen müssen besonders gefördert werden, damit alle einen gleichberechtigten Zugang zu neuen Berufen erfahren.
- Wir wollen, dass neue **Arbeitszeit- und Arbeitsortformen in einen gesetzlichen Regelungsrahmen** überführt werden. Dieser Rahmen muss vor Überforderung und Entgrenzung schützen, aber auch genügend Freiraum für die individuelle Ausgestaltung der Arbeit lassen.
- Wir wollen eine **Erweiterung der Mitbestimmungsmöglichkeiten von Mitarbeiter*innen**, wenn neue Technologien und Verfahren eingeführt werden. Die Möglichkeiten müssen praxisorientiert sein und Folgeabschätzungen mit bewerten.

Bessere Bedingungen für Menschen in versorgungsrelevanten Berufen

Die Coronapandemie hat gezeigt, welche Berufe für die Gesellschaft besonders wichtig und versorgungsrelevant sind. Es wurde auch deutlich, dass Beschäftigte ausgerechnet in diesen Bereichen oft Niedriglöhnen und schlechten Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind. Die Menschen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten und somit eine große Verantwortung tragen, müssen unter besseren Arbeitsbedingungen arbeiten können und angemessen entlohnt werden.

- Wir wollen, dass versorgungsrelevanten Berufsgruppen nicht nur mehr **Anerkennung** entgegengebracht, sondern auch eine angemessene **finanzielle Vergütung** gewährt wird.
- Wir wollen eine konsequente, nachvollziehbare, **digitale Arbeitszeiterfassung** für diese Berufsgruppen.
- Wir wollen eine Reform der **Allgemeingültigkeitserklärung**, um den anhaltenden Rückgang der Tarifbindung in Deutschland zu stoppen.

2.6 Gleichstellung ist ein gesellschaftlicher Grundsatz

Bis zu einer echten Gleichstellung der Geschlechter in der Gesellschaft ist es noch ein weiter Weg. Lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intersexuelle Personen werden immer noch diskriminiert und rechtlich benachteiligt. Als Minderheitenpartei ist sich der SSW bewusst, welchen Mehrwert eine vielfältige Gesellschaft bringt. Wir wollen eine **offene und inklusive Gesellschaft**, frei von Diskriminierung und Ausgrenzung. Deshalb ist die Gleichstellung aller Geschlechter für den SSW ein **Grundsatz des politischen Handelns**.

Die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe darf nicht vom Geschlecht oder der sexuellen Orientierung abhängig sein. Um dies zu garantieren, **muss Geschlechtergerechtigkeit ein fester Bestandteil der Gesellschaftspolitik sein**. Hier orientieren wir uns an den skandinavischen Ländern. Damit der Gleichheitsgrundsatz durchgesetzt werden kann, ist es wichtig, dass auf politischer Ebene feste und nachprüfbar Ziele beschlossen und erfüllt werden. Wir sind davon überzeugt, dass mehr sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sich positiv auf Demokratie und Gesellschaft auswirkt.

Das wollen wir im Bundestag erreichen:

- Wir wollen die **Erfüllung** ausgewogener **Geschlechterquoten**.
- Wir wollen den **Frauenanteil** in Führungspositionen erhöhen.
- Wir wollen die **Abschaffung des § 218 StGB**, um betroffenen Frauen die Wahlfreiheit in einer schwierigen persönlichen Situation zu ermöglichen. Die Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs benachteiligt die Frauen, erschwert Information und stellt eine zusätzliche psychische Belastung dar.
- Wir wollen die **Abschaffung des § 219a StGB**. Ärzt*innen muss ermöglicht werden, ihre Patient*innen über die verschiedenen medizinischen Methoden eines Schwangerschaftsabbruchs zu informieren.
- Wir wollen, dass eine **ausgeglichene Geschlechterparität** in Parlamenten und Volksvertretungen als gesellschaftliches Ziel gilt. Für das existierende Missverhältnis ist auch die Organisation des politischen Betriebs ausschlaggebend; daher fordern wir ein Umdenken im politischen Alltag. Es gilt eine **familienfreundlichere Ausgestaltung** einzuleiten und zu überdenken, zu welchen Uhrzeiten Gremiensitzungen stattfinden.
- Wir wollen eine **gerechte Aufteilung der Elternzeit** für Mütter und Väter. Die Inanspruchnahme der Elternzeit darf keinen negativen Einfluss auf die berufliche Weiterentwicklung haben.
- Wir wollen, dass die **Möglichkeit des Mandatssplittings** für junge Eltern ermöglicht wird. Auch Abgeordnete sollen ihren Job pausieren können, wenn sie ein Kind bekommen haben. Für diese Zeit übernimmt ein*e Nachrücker*in der Liste das Mandat.

- Wir wollen, dass der Bund die **Istanbul-Konventionen** konsequent und zielgerichtet umsetzt.
- Wir wollen eine **geschlechtergerechte Haushaltsführung** im Bund. Investitionen und Fördergelder müssen nach geschlechtergerechten Kriterien vergeben werden. In bundespolitischen Entscheidungsprozessen müssen unterschiedliche Auswirkungen auf die Geschlechter berücksichtigt werden.
- Wir wollen die Arbeit des **Helene Weber Kollegs** weiter fördern und fordern deshalb eine Erhöhung der Bundesmittel für dessen wichtige Arbeit. Individuelle Vernetzungsangebote, Programme und Erarbeitung von Studien stärken Frauen in der Politik.
- Wir wollen die **Namensgesetzgebung anpassen**, so dass individuelle Lebensläufe und geschlechterspezifische Eigenheiten von Namen anerkannt werden. So können weibliche Angehörige nationaler Minderheiten die in slawischen Sprachen üblichen weiblichen Abwandlungen ihres Namens führen.
- Wir wollen eine Gesellschaft, in der die **partnerschaftliche Arbeitsteilung**, die Selbstverwirklichung Aller und die sexuelle Selbstbestimmung nicht mehr an das Geschlecht gekoppelt sind.
- Wir wollen das **Ehegattensplitting** abschaffen. Alle Vorteile des Ehegattensplittings kommen seit jeher dem*der Erwerbstätigen mit dem höheren Einkommen zu – in der Regel dem Ehemann. Jeder ist für sich selbst verantwortlich, daher dürfen künftig keine unnötigen finanziellen Abhängigkeiten verursacht werden.

Für mehr Selbstbestimmung, Rechte und Akzeptanz

Für den SSW ist es eine Selbstverständlichkeit, dass alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Identität sicher und unabhängig leben können. Vielfältige Lebensrealitäten bereichern unsere Gesellschaft. Die rechtliche, soziale, gesundheitliche und politische Gleichstellung von LSBTI-Personen jeden Alters muss fester Bestandteil unserer Gesellschaft werden und sich in allen Lebensbereichen widerspiegeln.*

Wir unterstützen die Vielfalt verschiedener Familienkonstellationen und wollen diese rechtlich verankern. Es ist uns bewusst, dass Hasskriminalität immer noch eine große Rolle im Leben vieler LSBTI-Personen spielt. Dieses gesellschaftliche Problem wollen wir angehen, um die Lebenssituation dieser Menschen zu verbessern.*

- Wir wollen die **Änderung des § 1591 BGB**, damit auch lesbische Paare bei der Geburt eines Kindes gleichgestellt sind.
- Wir wollen, dass eine **unabhängige Expert*innen-Kommission** eingesetzt wird, die dem Bundestag einen Lagebericht über LSBTI*-feindliche Hasskriminalität vorlegt und Handlungsempfehlungen ausspricht.

- Wir wollen ein **Bund-Länder-Programm** gegen LSBTI*-feindliche Gewalt. Dieses soll Präventionsmaßnahmen sowie Konzepte für die Fort- und Weiterbildung von Polizei und Justiz und die Unterstützung von Opferhilfeeinrichtungen beinhalten.
- Wir wollen, dass die **Blutspende** nicht mehr von der sexuellen Orientierung der Person abhängig gemacht wird. Stattdessen soll jede Person individuell nach ihrem sexuellen Risikoverhalten befragt werden.
- Wir wollen, dass **geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in allen Lebensbereichen** sichtbar wird, um deren Akzeptanz zu fördern.
- Wir wollen, dass der Bund einen **bundesweiten Aktionsplan** für sexuelle Vielfalt und gegen Homo- und Transphobie beschließt und umsetzt. Dieser soll eindeutige Zielvereinbarungen und Selbstverpflichtungen enthalten.
- Wir wollen **Artikel 3 des Grundgesetzes** um das Merkmal „sexuelle Identität“ ergänzen.
- Wir wollen die Überarbeitung der geltenden **Richtlinien für gesetzlich krankenversicherte trans*Personen** im Sinne einer bedürfnisorientierten Gesundheitsversorgung. Dazu gehört die Kostenübernahme geschlechtsangleichender Operationen, angemessene medikamentöse Versorgung und das Recht auf Beratung für transidente Menschen.
- Wir wollen ein Verbot **geschlechtsverändernder Operationen** von intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen erwirken.

Frauen vor Gewalt schützen

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein geschlechtsspezifisches Thema, denn sie geht fast immer von Männern aus. Es ist daher Aufgabe der Gesellschaft, Frauen vor Gewalt zu schützen. Es benötigt viele Bausteine, um ein adäquates Hilfesystem vorzuhalten, das in ganz Deutschland mit einheitlichen Standards versehen wird. Gewalt gegen Frauen ist vielschichtig. Sie reicht von häuslicher Gewalt bis zu Zwangsprostitution und Frauenhandel. Um die Gewalt gegen Frauen in allen Facetten zu bekämpfen, fordert der SSW nicht nur eine Verbesserung bei den Ermittlungsbehörden, sondern auch eine Gesetzgebung, die Frauen besser vor Gewalt schützt. Der SSW lehnt Gewalt in all ihren Formen ab. Auch Jungen und Männer werden Opfer von Gewalt und benötigen Strukturen, die ihnen Hilfe und Schutz bieten.

- Wir wollen einen bundesweit **geltenden Rechtsanspruch** für alle gewaltbetroffenen Frauen und Kinder.
- Wir wollen eine **ausreichende Finanzierung von Frauenhäusern** und Frauenberatungsstellen. Der SSW tritt dafür ein, dass die Strukturen hierfür erhalten und weiter verbessert werden.
- Wir wollen eine **Fortsetzung** des Investitionsprogrammes „**Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen**“ nach 2023, um Neu-, Um- und Ausbau von Frauenhäusern zu fördern.
- Wir wollen eine **bessere Ausstattung für die Fachberatungsstellen**, die ermöglicht, dass Technikberatung und Hilfeleistung für Betroffene von digitaler Gewalt gegeben werden kann.
- Wir wollen mehr Mittel für den **Aufbau von Männerschutzprojekten** in die entsprechende Fachberatung und Coachingangebote stecken.
- Wir wollen eine **Ausweitung des Angebotes** der Bundesweiten Fach- und Koordinierungsstelle **Männergewaltschutz**.

2.7 Der Bund muss mehr in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein investieren

Auch in Zeiten des Klimawandels bleibt eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur die Voraussetzung dafür, dass Menschen zur Arbeit kommen, sich versorgen und soziale Kontakte pflegen können. Sie ist unerlässlich, wenn es darum geht, Unternehmen und Betriebe mit Arbeitsmitteln zu beliefern und deren Produkte zu den Märkten zu bringen. Sie ist ebenfalls eine Lebensader für den Tourismus im Land; gerade der ÖPNV spielt hier eine herausragende Rolle.

Infrastruktur ist auch die Basis, wenn wir unser Land ins digitale Zeitalter führen wollen. Das Internet bietet die Möglichkeit, von jedem Ort der Welt zu arbeiten. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass an diesem Ort auch eine vernünftige Anbindung an die digitale Welt vorhanden ist.

Schleswig-Holstein ist in den letzten Jahrzehnten nicht ausreichend bei der Mittelverteilung des Bundesverkehrswegeplanes berücksichtigt worden. Gerade dem öffentlichen Nahverkehr ist zu wenig Priorität eingeräumt worden.

Das wollen wir im Bundestag erreichen:

Mehr Investitionen des Bundes in den öffentlichen Verkehr

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) sind Teil der Daseinsvorsorge. Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen im Land, denn sie ermöglicht die Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben, an Kommunikation, Bildung und am Arbeitsleben. Mobilität ist für viele Menschen die Voraussetzung für ihre Existenzsicherung. Der ÖPNV muss deshalb auch in Zukunft für alle bezahlbar sein, und es muss ein dichtes Netz von ÖPNV-Verbindungen geknüpft werden.

- Wir wollen, dass der Bund die **Bahnstrecken im Nah- und Fernverkehr** in Schleswig-Holstein schneller ausbaut. Die Bahn ist die umweltfreundlichste Transportart von Menschen und Gütern. Die Sanierung und der Ausbau der Schienenstrecken im Nahverkehr muss daher weiter vorangetrieben werden.
- Wir wollen die Etablierung eines **internationalen deutsch-dänischen Grenzbahnhofs** Flensburg-Padborg, u. a. auch, um einen EC-Halt in der Region auf der Strecke Hamburg-Kopenhagen zu ermöglichen.
- Wir wollen, dass insbesondere **folgende Bahnverbindungen** ausgebaut oder deren Anbindung und Taktung **verbessert** werden:
 - Dänemark-Flensburg-Hamburg
 - Westerland-Niebüll-Hamburg
 - S-Bahn-Strecke S4 Bad Oldesloe-Altona
 - Kiel-Lübeck (vollständig zweispurig)
 - Husum-Kiel (vollständig zweispurig)
 - Flensburg-Eckernförde-Kiel (vollständig zweispurig)

- Wir wollen die Pensionierung des Museumstücks „Rendsburger Eisenbahnbrücke“ und die Planungen des Bundes für ein neues Bauwerk schnellstmöglich vorantreiben.
- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass **Berufspendler*innen, Studierende und Menschen in besonderen Lebenslagen** künftig stärker bei Tarifvergünstigungen berücksichtigt werden.
- Wir wollen die Attraktivität des ÖPNV und SPNV durch **Qualitätsverbesserungen** steigern. Dazu gehören Verbesserung der Pünktlichkeit, bessere Fahrgastinformationen, eine optimale Vernetzung von ÖPNV und SPNV, mehr Komfort sowie WLAN-Verbindungen.
- Wir wollen die **Schiff-Schiene-Kombinationen** ausbauen. Dazu muss eine effiziente Entwicklung der Umschlagtechnologien mit guter Schienenanbindung unserer Häfen unterstützt werden.
- Wir wollen eine rasche **Sanierung und Modernisierung des Nord-Ostsee-Kanals**. Dies gilt für den Ausbau, die Schleusen, die Fähren sowie deren Anlegestellen. Auch das Personal des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes muss aufgestockt werden.

Straßen erhalten und zielgerichtet ausbauen

Die verkehrliche Infrastruktur ist eine der Voraussetzungen für eine funktionierende wirtschaftliche Entwicklung im Land. Doch wir wissen, dass unsere Verkehrsinfrastruktur in großen Teilen saniert werden muss. Dies muss dringend in den kommenden Jahren passieren, denn wir müssen uns auf wachsende Verkehrsströme einstellen. Der Nord-Süd-Verkehr wird weiter wachsen.

- Wir wollen, dass dem **Erhalt, Sanierung und Ausbau** bestehender Straßen allgemein Vorrang vor dem Bau neuer Strecken zu geben ist.
- Wir wollen den konsequenten **Weiterbau der A 20** mit westlicher Elbquerung bei Glückstadt.
- Wir wollen, dass der **Westküstenmagistrale** aus A 23 und B 5 in Zukunft mehr Bedeutung zugemessen wird. Diese Strecke dient nicht nur der wirtschaftlichen Erschließung der Westküste, sondern auch der mittel- und langfristigen Entlastung der A 7.
- Wir wollen, dass auf der A 7 zwischen Rader Hochbrücke und der dänischen Grenze ein zeitabhängiges **LKW-Überholverbot** ausgesprochen wird. Langfristig muss die A7 bis zur Grenze ebenfalls dreispurig ausgebaut werden.
- Wir wollen einen zügigen Ausbau des **Ersatzbauwerks Rader Hochbrücke**, bevorzugt mit einem kombinierten Tunnel für Bahn- und Straßenverkehr.

- Wir wollen mindestens eine der beiden bestehenden Brücken über dem Nord-Ostsee-Kanal im Bereich Kiel-Holtenau so ertüchtigen, dass sie von modernen, auch schienengebundenen Verkehrssystemen genutzt werden kann. Damit wollen wir erreichen, dass der zu Südschleswig gehörende Teil Kiels und der Dänische Wohld an moderne Verkehrssysteme in Kiel angebunden werden kann.

Planungsbeschleunigung

*Um die Verkehrswende und den Ausbau von Straßen- und Schienenwegen vorantreiben zu können, bedarf es eines schlankeren Planungsrechts, das kürzere Planungszeiträume gewährleistet. Für den SSW ist es wichtig, dass die Beschleunigung nicht auf Kosten des Umweltschutzes und der individuellen Rechte betroffener Bürger*innen vollzogen wird.*

Vielmehr gilt es, digitale Hilfsmittel besser zu nutzen und eine bessere Zusammenarbeit zwischen beteiligten Behörden herzustellen. Auch ist klar, dass die im Auftrag des Bundes zuständigen Planungsbehörden in den Ländern ausreichend Personal zur Verfügung haben müssen.

- Wir wollen, dass der **Wissenstransfer** an der Planung beteiligter Behörden besser wird, damit nicht einzelne Prüfungsschritte mehrfach durchgeführt werden. Dies kann durch eine Digitalisierung des Planungsverfahrens ermöglicht werden.
- Wir wollen eine **echte Bürger*innenbeteiligung** für alle Planungsverfahren. Von der Planung betroffene Bürger*innen müssen bereits in die Bedarfsplanung mit einbezogen werden. In diesem Planungsschritt werden noch alternative Streckenverläufe erwogen und Konzeptalternativen (z. B. Schiene oder Straße) diskutiert.
- Wir wollen eine Ausweitung der Maßnahmengesetzgebung nach dänischem Vorbild, bei welcher der Bundestag die Planung durch Gesetz beschließt. Hierbei muss auch weiterhin eine Öffentlichkeitsbeteiligung gegeben sein.

Mehr Gerechtigkeit bei der Bundesverkehrswegeplanung

Ein weiteres Problem ist die große Ungerechtigkeit bei der Bundesverkehrswegeplanung, in der bevölkerungsarme Bundesländer zu oft den Kürzeren ziehen. Das wollen wir ändern, indem der Bund künftig als unabhängige Stelle plant, wie hoch der Bedarf in den Ländern wirklich ist, und nicht jedes Bundesland eine feste Ausbauquote hat, welche es für den Bundesverkehrswegeplan einstellt, unabhängig davon, ob andere Strecken im Bundesgebiet einen dringenderen Bedarf haben.

- Wir wollen eine **unabhängige Bundesverkehrswegeplanung** durch das Bundesverkehrsministerium.

Schnelles Internet flächendeckend ausbauen

Durch die zunehmende Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft wächst das Bedürfnis, die digitale Infrastruktur erheblich auszubauen. Schnelles Internet ist ein entscheidender Standortfaktor für die Zukunftsfähigkeit der Gemeinden. Gerade im ländlichen Raum ist die schnelle, flächendeckende Internetversorgung aber bei weitem noch nicht erreicht.

- Wir wollen, dass der Bund seine Anstrengungen verstärkt, den **Ausbau des schnellen Internets** auch in den nächsten Jahren weiter voranzubringen und die Gemeinden dabei zu unterstützen, Lösungen vor Ort zu erarbeiten. Das Recht auf schnelles Internet muss gesetzlich geregelt werden, da es zur Daseinsvorsorge gehört.
- Wir wollen den Glasfaserausbau vorantreiben. Bis 2028 wollen wir eine flächendeckende Versorgung.

5G-Netze einführen

Der SSW spricht sich für die Einführung von 5G-Netzen aus. Gerade Schleswig-Holstein als Flächenland darf sich bei der Versorgung mit schnellem Internet und stabilen Mobilfunknetzen nicht abhängen lassen. Die Einhaltung gesetzlicher Grund- und Schutzrechte und die Minimierung der Strahlenbelastung für die Bevölkerung müssen beim Ausbau höchste Priorität genießen.

- Wir wollen, dass hierfür ausnahmslos **europäische Anbieter/Produzenten** berücksichtigt werden, um den Schutz persönlicher und sensibler Daten zu gewährleisten und Industriespionage zu erschweren.
- Wir wollen einen bundesweiten oder europäischen **Forschungs- und Entwicklungsfond**, um europäische Unternehmen in der Entwicklung eigenständiger, konkurrenzfähiger und strahlungsarmer 5G-Technologien zu unterstützen.

Digitale Gesellschaft darf die Ungleichheit nicht verstärken

Die Digitalisierung prägt wie kaum eine andere Entwicklung das Leben im 21. Jahrhundert. Hierdurch entstehen neue Chancen, aber auch neue Formen der sozialen Ungleichheit. Aus Sicht des SSW gilt es auch in diesem Kontext, die Prinzipien des demokratischen und sozialen Rechtsstaats zu sichern und weiterzuentwickeln.

*Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass alle Menschen Zugang zu digitaler Teilhabe haben. Dabei kommt den öffentlichen Bibliotheken, Schulen und Volkshochschulen eine besondere Rolle zu. Sie stellen grundlegende Infrastruktur zur Verfügung und vermitteln Kompetenzen im Umgang mit neuen Medien. Netzneutralität ist eine Grundvoraussetzung für Chancengleichheit und Innovation in unserer Gesellschaft. Die Bevorzugung ausgewählter Datenverkehre durch Internetanbieter führt zu einer Benachteiligung von Bürger*innen- und Unternehmer*innengruppen und kann zur Bildung von Monopolstellungen führen.*

- Wir wollen, dass die **Netzneutralität** gesetzlich festgeschrieben wird.
- Wir wollen die Verwendung quelloffener Software (**Open Source**) in den Behörden kontrolliert voranbringen und die Wirtschaft dabei unterstützen, die Chancen quelloffener Software zu nutzen. Wir wollen die Abhängigkeiten der Behörden von einzelnen Softwareherstellern verringern, indem wir quelloffene Software häufiger nutzen und damit kostenintensive Lizenzgebühren reduzieren sowie herstellereinspezifische Sicherheitslücken vermeiden. Durch die Förderung von quelloffener Software wollen wir kleineren und mittleren Softwareherstellern für die Entwicklung von IT-Fachanwendungen eine wirtschaftlich interessante Umgebung bieten. Offene Schnittstellen, offene Standards und quelloffene Software fördern die Kreativität in der Softwarebranche und ermöglichen innovative Anwendungen.
- Wir wollen **Daten der öffentlichen Verwaltung**, sofern sie keine personenbezogenen Daten sind, als „**Open Data**“ für die Menschen und Unternehmen zur Verwendung freigeben. Ein Beispiel dafür sind Geodaten, die für elektronische Karten und Navigationssysteme genutzt werden können. Über die volkswirtschaftliche Bedeutung von Open Data hinaus sind wir der Auffassung, dass Open Data die Transparenz erhöht und Beteiligungsmöglichkeiten verbessert.

Digitale Daseinsvorsorge ist eine öffentliche Aufgabe

*Der SSW befürwortet eine weitgehende Digitalisierung von Verwaltungsprozessen des Bundes, der Länder und der Kommunen, die zu einem besseren Service für die Bürger*innen und zu mehr Transparenz führen kann. Dabei darf der Datenschutz nicht vernachlässigt werden.*

- Wir wollen, dass die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung persönlicher **Daten von Bürger*innen** im Rahmen öffentlicher Aufgaben **nicht privatisiert** wird. Ein verlässlicher Datenschutz ist auch digitale Daseinsvorsorge.
- Wir wollen, dass der Staat den Zugang zu **digitaler Infrastruktur** als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge konsequent vorantreibt. Schnelles Internet darf keine Frage der Postleitzahl sein.

2.8 Regional und nachhaltig: Wir brauchen eine andere Landwirtschaftspolitik

Die Landwirtschaft ist ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in Schleswig-Holstein. Seit Jahrzehnten ist die Landwirtschaft einem radikalen Strukturwandel ausgesetzt: Wer sich nicht vergrößert, muss den Betrieb aufgeben. Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Neben der wirtschaftlichen Belastung in der Landwirtschaft wächst auch der gesellschaftliche Unmut. Die Forderungen nach Tierwohl, Umwelt- und Klimaschutz erhöhen den Druck auf die Landwirtschaft. Viele Landwirte fühlen sich an die Wand gedrückt und nicht verstanden.

Hier brauchen wir den Dialog zwischen Landwirtschaft, Politik und Gesellschaft. Dies erfordert von allen Seiten den Willen, etwas zu verändern. Der SSW will den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft und keine Agrar-Massenindustrie. Dies ist auch im Sinne unserer Landwirte. Der Klimawandel macht auch vor der Landwirtschaft nicht halt. Extreme Wetterlagen nehmen zu und beeinträchtigen die Ernte. Der Aspekt des Tierwohls muss in allen Bereichen gestärkt werden. Maßnahmen für mehr Umwelt- und Klimaschutz müssen weiter von unseren Landwirten erbracht werden. Sie dürfen aber nicht nur übergestülpt werden, sondern müssen für die Landwirtschaft auch leistbar sein.

Die EU-Agrarförderung spielt hier eine maßgebliche Rolle. Hierfür braucht es eine echte Reform und eine andere Landwirtschaftspolitik. Leider haben Bund und EU bisher nicht den Mut für eine solch grundlegende Veränderung aufgebracht. Wir müssen weg von den Direktzahlungen und Flächenprämien; Umwelt- und Klimaschutz, Tierwohl und soziale Aspekte müssen in den Fokus der EU-Zahlungen.

Dabei setzt der SSW als regionale Minderheitenpartei auf eine noch bessere regionale Vermarktungsstrategie unserer heimischen Produkte. Dies dient sowohl den Arbeitsplätzen vor Ort als auch dem Umwelt- und Klimaschutz.

Kurzum: **Kauft regional und nachhaltig.**

Das wollen wir im Bundestag erreichen:

Einen Systemwechsel in der Landschaft

Die Produktionsweise der Landwirtschaft muss in Zukunft so geändert werden, dass der Schutz der Umwelt, der Böden, des Wassers und des Klimas angemessen berücksichtigt werden. Das ist heute leider nicht der Fall. Saubere Böden und sauberes Wasser bekommen wir nur durch eine andere Landwirtschaft, als wir sie heute haben. Wir brauchen einen Systemwechsel in der Landwirtschaftspolitik.

- Wir wollen, dass sich der Bund dafür einsetzt, Flächen- und Hektarprämien für die Landwirtschaft mehr als bisher an **sozialen** und **ökologischen Standards** zu orientieren.
- Wir wollen, dass der Bund den Landwirt*innen aktiv und finanziell bei der Schaffung weiterer Standbeine zur **Existenzsicherung** hilft.

- Wir wollen den Erhalt unserer Kulturlandschaft mit **Vertragsnaturschutz** und landschaftspflegerischen Maßnahmen stärken. Maßnahmen des Natur- und Umweltschutzes müssen finanziell kompensiert werden, um einen Anreiz für die Landwirt*innen zu schaffen, diese umzusetzen.
- Wir wollen, dass die **bürokratischen Anforderungen** und Hemmnisse für die Landwirt*innen reduziert und rechtliche Regelungen **vereinfacht** werden, ohne dass die Qualität der Landwirtschaftsprodukte darunter leidet.
- Wir wollen das **Grund- und Oberflächenwasser** besser **schützen**. Dafür brauchen wir klare Regeln, wie die Überschüsse reduziert werden sollen. Die Stickstoff- und Phosphatabgabe ist in gefährdeten Regionen zu begrenzen. Zur Ausbringung und Einarbeitung braucht die Landwirtschaft technische Voraussetzungen. Investitionen in diese Techniken müssen leistbar sein. Die Bewirtschaftung in Gewässernähe muss extensiviert werden.
- Wir wollen **Grünlandflächen** und **Moore** wieder in einen Zustand versetzen, in dem sie ihre Funktion als CO₂-Speicher besser wahrnehmen können. Zum Erhalt dieser Flächen brauchen wir Klimaschutz- und Flächenprogramme.
- Wir wollen einen besseren **Insektenschutz**. Programme für blühende Flächen müssen verstärkt werden.
- Wir wollen eine andere **Priorisierung der Biodiversitätspolitik** und Zielkonflikte zwischen Flächennutzungs-, Energie- und Wirtschaftspolitik beseitigen.
- Wir wollen mehr **Finanzmittel für eine Biodiversitätspolitik** und ein Koordinationsgremium auf Bundesebene, das u. a. Wissens- und Partizipationsstrukturen aufbaut.
- Wir wollen den Einsatz von **Glyphosat** so schnell wie möglich beenden. Mechanische und ökologische Bewirtschaftungsformen müssen stärker in Betracht gezogen werden.

Keine soziale Spaltung auf dem Teller und in den Betrieben

*Konventionelle und ökologische Landwirtschaft haben beide ihre Berechtigung. Ideologische Grabenkämpfe müssen endlich der Vergangenheit angehören. Wer seinen Betrieb umstellen möchte, benötigt ausreichend finanzielle Unterstützung. Alle Verbraucher*innen sollen Zugang zu hochwertigen Lebensmitteln haben. Die Beschäftigten in den Lebensmittelproduktion müssen ordentliche soziale Arbeitsverhältnisse haben.*

- Wir wollen die **ökologische Landwirtschaft** durch gezielte Zuschüsse weiter stärken. Bei der Umstellung von Betrieben auf ökologische Wirtschaftsformen müssen Folgeinvestitionen z. B. bei der Anpassung des Maschinenparks gefördert werden.
- Wir wollen den Ausbau **regionaler Veredelungsbetriebe** und Absatzmärkte. Regionale Vermarktungsstrategien stärken die Wertschöpfung vor Ort.

- Wir wollen, dass **Bioprodukte** und **nachhaltig produzierte Nahrungsmittel** auch für Geringverdiener **erschwinglich** sind. Wir wollen keine soziale Spaltung auf dem Teller.
- Wir wollen, dass der Bund den **Verbraucherschutz** und seine Organisationen finanziell und rechtlich **stärkt**, damit die Qualität der Landwirtschaftsprodukte gesichert wird.
- Wir wollen, dass der Bund **Mindeststandards** für **Lohn- und Arbeitsbedingungen** in der **Fleischproduktion** einführt. Es dürfen in Zukunft keine unsozialen Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere keine Leiharbeit, mehr erlaubt sein.
- Wir wollen, dass der deutsche Staat sich zu **fairem Handel** bekennt und das **Fair-Trade-Prinzip** in all seinen Untergliederungen verpflichtend umsetzt.

Lieferkettengesetz muss jetzt kommen

Globaler Handel und Produktion bieten neue Chancen und eröffnen neue Märkte. Gleichzeitig sehen wir aber auch, dass ein großer Teil der erzielten Gewinne auf Kosten der Umwelt und der Menschenrechte in den jeweiligen Produktionsländern geht. Niedrige Umweltstandards sind mittlerweile ein Standortfaktor für die Ansiedelung von Unternehmen. Die Ausbeutung der Arbeitskräfte durch niedrige Sicherheitsstandards, geringen Arbeitslohn oder fehlende Arbeitnehmerrechte verschlimmert die Situation darüber hinaus.

Allein die Profitmaximierung steht im Vordergrund solcher Unternehmen, die derart am Weltmarkt agieren, um unsere Märkte zu bedienen. Die erschreckenden Beispiele solcher Zustände oder verheerende Unfälle sind mittlerweile hinlänglich bekannt. Offenen Auges und hilflos stehen wir derartigen Missstände gegenüber. Damit muss endlich Schluss sein.

Unternehmen aus Deutschland tragen eine Verantwortung für die Arbeitsbedingungen und die Lebensgrundlagen der Menschen entlang unserer Produktions- und Lieferketten. Eine freiwillige Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards seitens der Unternehmen ist kaum festzustellen. Nicht einmal ein Viertel der von der Bundesregierung befragten Unternehmen kommen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nach.

Der SSW hat sich immer für ein Tariftreue- und Vergaberecht eingesetzt, in dem auch Sozial- und Umweltstandards berücksichtigt werden.

- Wir wollen, dass **Menschenrechte** und **Umweltstandards** bei der Produktion beachtet und erfüllt werden.
- Wir wollen einen **gesetzlichen Rahmen** für Unternehmen, die weltweit produzieren und unsere Märkte beliefern. Ein **Lieferkettengesetz** kann so einen Rahmen bieten.
- Wir wollen, dass Produktdeklarationen auf **Sozial- und Umweltstandards** hinweisen.

- Wir wollen, dass derartige Kriterien auch für den **EU-Markt** gelten sollen.
- Wir wollen, dass bei Aufträgen oder Anschaffungen aus öffentlicher Hand derartige **Selbstverpflichtungen** eingegangen werden.

Tierwohl hat Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen

Wir wollen die Tierhaltung weiter verbessern. Das Tierwohl muss ganzheitlich gesehen werden – von der Geburt bis zur Schlachtung. Tierwohl hat Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen.

- Wir wollen **keine Ferkelkastration** ohne Betäubung.
- Wir wollen, dass das **Schreddern männlicher Küken** beendet wird.
- Wir wollen, dass die **Lebendtransporte von Tieren** national und international zeitlich **begrenzt** werden.

Die Fischerei in Schleswig-Holstein muss erhalten bleiben

*Die Fischerei ist ein kulturelles Erbe unseres Landes und spielt gerade in den Küstenstädten eine besondere Rolle. Der SSW setzt sich für den Erhalt einer nachhaltigen Fischerei ein, die Rücksicht auf die Belange des Umwelt- und Naturschutzes nimmt. Dabei müssen die Rechte der Fischer*innen gewahrt bleiben, damit dieser historisch wichtige Wirtschaftszweig nicht aus unserem Land verschwindet.*

- Wir wollen, dass der Bund sich bei der EU dafür einsetzt, angemessene und **nachhaltige Fangquoten** für die schleswig-holsteinischen Fischer zu sichern.
- Wir wollen eine **nachhaltige Fischerei** in den deutschen Gewässern erreichen. Das bestehende MSC-Siegel (*Marine Stewardship Council*) für eine zertifizierte, nachhaltige Fischerei sollte daher weiterentwickelt werden. Ein einheitliches Siegel mit gesetzlich festgelegten Anforderungen an nachhaltig gefangenen bzw. erzeugten Fisch sowie staatliche Kontrollen wären die richtige Maßnahme, um überfischte Bestände und die Ökosysteme besser zu schützen
- Wir wollen **keine Schleppnetzfischerei** oder anderes schweres Geschirr in ökologisch sensiblen Gebieten.
- Wir wollen, dass **Fischbestände** sich **reproduzieren** können. Dafür benötigen wir Fangquoten, die auf einer wissenschaftlichen Grundlage festgelegt werden. Dabei wollen eine bessere Überwachung zur Einhaltung der Fangquoten.
- Wir wollen die **regionale Vermarktung** von Fischereiprodukten stärken.

2.9 Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht auf dem Rücken der Schwächsten

Die Coronapandemie wird zu tiefgreifenden Änderungen der Gesellschaft führen. Dies darf nicht hauptsächlich zulasten der Schwächsten der Gesellschaft gehen. Gerade Auszubildende und Studierende bedürfen einer besonderen Unterstützung. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik darf die untere Mittelschicht nicht weiter finanziell belasten.

Die Rente muss zukunftssicher für alle Schichten der Bevölkerung sein. Wir wollen eine gerechte Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen für alle. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss stark verbessert werden. Dazu gehört u. a. die Finanzierung der Betreuungsplätze und eine steuerliche Erleichterung des Homeoffice.

Das wollen wir im Bundestag erreichen:

Keine weitere finanzielle Belastung der arbeitenden Mitte, sondern höhere Besteuerung der Vermögenden

Die finanzielle Belastung der deutschen Mittelschicht durch Steuern und Sozialabgaben ist erdrückend. Die arbeitende Mitte der Gesellschaft war und ist allen Wahlversprechen zum Trotz der Lastesel der Gesellschaft. Zwar wird der Solidaritätszuschlag ab diesem Jahr für 90 Prozent der Steuerpflichtigen wegfallen, doch gleichzeitig hat es in den vergangenen Jahren auch kräftige Erhöhungen bei der Mehrwertsteuer und den Energiesteuern gegeben. Auch die unteren Einkommen leiden unter Sozialbeiträgen, die nahezu ohne Freibeträge direkt greifen und das Einkommen reduzieren.

Zudem hat sich, wie eine Studie des DIW ergeben hat, seit der Jahrtausendwende die Schere zwischen Arm und Reich stark erhöht. Mit 14 Billionen Gesamtvermögen ist die Bundesrepublik eines der reichsten Länder der Welt. Ein Drittel des Gesamtvermögens der Deutschen gehört jedoch dem reichsten Prozent der Bevölkerung. Im Gegensatz zu Ländern wie USA, Kanada und Großbritannien gibt es in der Bundesrepublik keine nennenswerte Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung.

- Wir wollen, dass die **unteren Einkommen** von den **Sozialbeiträgen entlastet** werden, damit es sich lohnt, Arbeit anzunehmen.
- Wir wollen, dass die Staatseinnahmen durch **Einführung einer Vermögenssteuer** erhöht werden, um die Folgen der Coronakrise abmildern zu können. Dies dient der gerechten Verteilung der steuerlichen Belastung und der Einkommen der Bürger*innen.
- Wir wollen, dass die **Erbschaftsteuer** für das Erbe der größten Vermögen **erhöht wird**. Die Mittelschicht sowie kleinere und mittlere Unternehmen sollen durch Freibeträge von der Erbschaftsteuer großzügig ausgenommen werden.
- Wir wollen, dass **internationale Konzerne** ihre Steuern künftig dort entrichten, wo die Umsätze erzielt werden. **Steuerliche Schlupflöcher**, etwa durch Gewinnverschiebung in Steueroasen, müssen endlich geschlossen werden.

- Wir wollen, dass der aufgrund der Coronakrise **drohenden Inflation** durch **regionale Investitionen** des Bundes entgegengewirkt wird. Einnahmen, die in Schleswig-Holstein erwirtschaftet worden sind, sollen im höheren Maße auch in Schleswig-Holstein investiert werden.
- Wir wollen, dass in der EU eine **Finanztransaktionsteuer** für sämtliche Umsätze am Wertpapiermarkt erhoben wird. Sollte eine EU-weite Finanztransaktionsteuer nicht möglich sein, wird die Einführung dieser Steuer auf nationaler Ebene befürwortet. Für Kleinsparer muss es einen steuerlichen Freibetrag von mindestens 3.000 € Umsatz jährlich geben.

Homeoffice steuerlich besser berücksichtigen

Das Arbeiten im Homeoffice hat sich während der Coronakrise bewährt. Auch hierzulande haben viele tausende Angestellte ihren Arbeitsplatz wochenlang in die eigenen vier Wände verlegt, um Infektionsketten zu stoppen, ohne dass der Job auf der Strecke bleibt. Dabei wurde manches Vorurteil vom Tisch geräumt; denn tatsächlich funktionierte dies so gut, dass viele Betriebe künftig mehr Heimarbeit ermöglichen wollen.

Dem Steuerrecht ist so viel Flexibilität leider fremd. Das häusliche Arbeitszimmer ist seit vielen Jahren ein steuerrechtlicher Zankapfel. Wer sich nicht den Luxus eines nahezu ausschließlich beruflich genutzten Arbeitszimmers leisten kann, guckt fiskalisch in die Röhre. Das ist nicht mehr zeitgemäß. Die Menschen dürfen nicht auf Mehraufwendungen sitzen bleiben, nur weil sie ihre Arbeit gelegentlich von zu Hause aus erledigen. Dies würde auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

- Wir wollen Homeoffice, Heimarbeitsplätze und Telearbeit als Teil der modernen Arbeitswelt weiterentwickeln.
- Wir wollen, dass Aufwendungen für **Heimarbeitsplätze** künftig auch dann als **Werbungskosten steuerlich** berücksichtigt werden, wenn der Heimarbeitsplatz nicht den Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit bildet.

Regionale Investitionen und Strukturhilfe für Schleswig-Holstein

Strukturhilfen sind keine Almosen, sondern Zukunftsinvestitionen, die uns Nutzen bringen. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen spüren die Folgen der Coronakrise. Dies gilt insbesondere im Land Schleswig-Holstein, das durch seine mittelständische Wirtschaftsstruktur geprägt ist. Kleine und mittlere Betriebe sind gerade in den Regionen das Fundament und das Rückgrat der Wirtschaft. Ab diesem Jahr sind die regionalen Strukturhilfen der EU nach zähen Brexit-Verhandlungen endlich bis 2027 gesichert. Im Bund wird derzeit verhandelt, wie diese Mittel verteilt werden sollen. Auch wenn dieses Förderinstrument auf europäischer Ebene immer wieder politisch angefochten wird, ist für den SSW ganz klar, dass es auch nach 2027 in den wirtschaftlich schwächeren Regionen Deutschlands noch Bedarf an regionaler Strukturpolitik geben wird. Genauso wie wirtschaftliche Lokomotiven auch weiter angefeuert werden, soll Strukturpolitik subsidiär bleiben.

- Wir wollen, dass die **regionale Strukturhilfe**
 - bessere Bedingungen insbesondere für **kleinere und mittlere Betriebe** schafft;
 - innovative und nachhaltige schleswig-holsteinische wirtschaftliche Cluster wie Energie, Lebensmittel, Maritimes, Gesundheit und Tourismus besonders berücksichtigt;
 - überwiegend nach dem Prinzip eines engen Zusammenspiels zwischen Unternehmen, Hochschulen und den regionalen öffentlichen Förderungsgesellschaften ausgerichtet ist (Triple-Helix-Prinzip);
 - durch Nachhaltigkeit geprägt ist – bei der Förderung sollen die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele ein unumgänglicher Maßstab werden.

- Wir wollen, dass der Bund für **strukturell unterfinanzierte** oder neuentstehende innovative und nachhaltig prosperierende Bereiche gezielt weitere **Investitionen und Strukturhilfe** aus eigenen Bundesmitteln zur Verfügung stellt. Der Bund darf sich bei der regionalen Strukturhilfe nicht allein auf die EU-Fonds verlassen.

- Wir wollen uns im Bund dafür stark machen, dass die bestehenden **strukturpolitischen Handlungsmöglichkeiten** auch nach dem Auslauf der kommenden EU-Programme im Jahr 2027 erhalten bleiben.

Bessere Förderung von Forschung und Entwicklung

Durch die Coronakrise ist ersichtlich geworden, wie unabdingbar die Kernbereiche Forschung und Entwicklung für unsere Gesellschaft sind. Die Pandemie ist für viele Bereiche unserer Gesellschaft eine wirtschaftliche Bedrohung. Viele dieser Bereiche werden wir umstrukturieren müssen. Da die Krise weltweit ähnlich verläuft, sind alle Gesellschaften gefragt, ein Umdenken bei den jetzigen Produktionsverfahren bis hin zur Produktionsplanung einzuleiten. Die jetzige Situation bietet somit auch eine Chance der Neuausrichtung gesamtgesellschaftlicher Strukturen. Es gilt, diese Chance zu ergreifen und neue Wege zu gehen, die den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen entsprechen.

- Wir wollen die **Forschung und Entwicklung** in allen Bereichen stärker fördern, um notwendige Restrukturierungen zu durchdenken, planen und umzusetzen, z. B. Globalisierungsprozesse zu überdenken. Die Förderung muss unbürokratisch und zeitnah geschehen und auf Sicht verstetigt werden.

- Wir wollen die **Maritime Forschung** und das **Cluster maritime Wirtschaft** weiter voranbringen und als Marke für Schleswig-Holstein noch stärker etablieren. Dazu gehört eine **aktive Werftenpolitik**, damit Schiffbau und der Bau von maritimen Anlagen in Schleswig-Holstein eine Basis haben und Arbeitsplätze erhalten bleiben. Dabei sollen Werften, die **emissionsarme Schiffe** („Ökofähren“) produzieren wollen – wie die FSG in Flensburg – bei der Forschung und Entwicklung vom Bund unterstützt werden.

2.10 Bildungspolitik, die gleiche Chancen für alle schafft

Alle Bildungseinrichtungen und -angebote müssen inklusiv und modern gestaltet werden – immer mit dem Ansatz, allen die gleichen Chancen zu geben. Bildungserfolge dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

Im SSW setzen wir auf das Prinzip des lebenslangen Lernens, das individuelle Arbeits- und Lebenschancen sichert. Eine moderne Bildungspolitik setzt auf starke Vernetzung und berücksichtigt, dass Menschen auf verschiedene Weise lernen. Bildungszeiten dürfen durch äußere Faktoren nicht eingeschränkt werden. Krisenmomente machen deutlich, dass eine digitale Grundversorgung ein Muss für ein gerechte und moderne Bildungslandschaft in Deutschland und unserem Landesteil ist.

Die besondere Stellung unserer Minderheitenschulen in unserem Landesteil muss auch in bildungspolitischen Belangen auf Bundesebene mitgedacht werden. Wir wollen Ansätze und Handlungsempfehlungen an inklusiven Prinzipien in der Bildung orientieren. Den Blick richten wir dabei auf unsere nordischen Nachbarländer. Wir stehen hinter der Ländervereinbarung über die gemeinsame Struktur des Schulwesens. Die gesamtstaatliche Verantwortung für die Gestaltung des Bildungssystems ist hierbei wichtig. **Qualität und Transparenz müssen gesichert werden.**

Das wollen wir im Bundestag erreichen:

- Wir wollen die konsequente **Umsetzung von Maßnahmen eines Nationalen Aktionsplans „Bildung für nachhaltige Entwicklung“** im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der UN in der gesamten Bildungslandschaft. Wir wollen **demokratisch organisierte Schulen** stärken.
- Wir wollen die **Fortschreibung des Investitionsprogramms für den Ganztagsausbau**, damit Rahmenbedingungen gesichert werden, um den Rechtsanspruch auf ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für alle erfüllen zu können.
- Wir wollen den **Aufbau einer Bundeszentrale für digitale Bildung und Medien**. Schulen und Bildungseinrichtungen müssen mit einer digitalen Grundversorgung ausgestattet werden.
- Wir wollen **multiprofessionelle Teams mit Medienpädagog*innen für Bildungsangebote** etablieren. Es muss eine Offensive gestartet werden, um **qualifizierte Medienpädagog*innen** zur Verfügung zu stellen. Dies darf nicht nach dem Gießkannenprinzip passieren.
- Wir wollen, dass ein **elternunabhängiges BAföG** nach **skandinavischem Vorbild** eingeführt wird. Außerdem müssen bessere Bedingungen in Ausbildung und Studium es jungen Frauen und Männern ermöglichen, eine Familie zu gründen.

- Wir wollen eine **stärkere und geschlechtergerechte Förderung der MINT-Bereiche** (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) in allen Bildungsangeboten. Der **MINT-Aktionsplan** muss konsequent erweitert und weitergeführt werden.

Bund muss sich stärker an den Kosten des Kita-Ausbaus beteiligen

Seit 2013 gibt es für Kinder, die das erste Lebensjahr vollendet haben, einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Für eine moderne Gesellschaft und für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist dieses Recht und der entsprechende Ausbau der Kitaplätze in der Bundesrepublik von entscheidender Bedeutung. Während der Bund bei den Investitionskosten seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, sind die Zuschüsse für die laufende Kitabetreuung seitens des Staates zu gering. Viele Kommunen können sich den Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige nicht mehr leisten.

- Wir wollen, dass die **Betreuungsquote bei unter Dreijährigen** nach skandinavischem Vorbild auf über **90 %** gesteigert wird.
- Wir wollen, dass der Bund sich stärker an den **laufenden Kosten des Kita-Ausbaus** beteiligt und die Eltern von den Kosten der **Kitabetreuung** ihrer Kinder befreit werden.
- Wir wollen, dass das **Konnexitätsprinzip auch auf Bundesebene** endlich umgesetzt wird. Wenn Gesetze des Bundes Kosten bei Ländern oder Kommunen verursachen, müssen diese auch vom Bund finanziert werden.

Kinderarmut bekämpfen

Ein Grund für Kinderarmut ist meist die Arbeitslosigkeit der Eltern. Alleinerziehende haben oft nicht genug Geld, um den Alltag zu bewältigen. Weil es kaum Betreuungsmöglichkeiten für das Kind gibt, müssen sie in Teilzeit arbeiten und fallen dann schnell unter die Armutsgrenze. Kita nur bis zwölf, Schulschluss um eins – was in Dänemark undenkbar wäre, ist bei uns für viele Menschen Alltag.

- Wir wollen kostenlose **Betreuungsmöglichkeiten** für Kinder schaffen, damit Eltern das Familienleben besser planen können.
- Wir wollen, dass alle **Leistungen** und **Fördermöglichkeiten** einfach zusammengefasst und die bürokratischen Hürden für Familien abgebaut werden. Für viele Familien sind staatliche Förderungen zu umständlich und kompliziert zu beantragen.
- Wir wollen Kindern einen **kostenlosen Zugang zu Schwimmbädern und Theatern** ermöglichen. Mit einer entsprechenden Bundesförderung hätten auch Kinder aus einkommensschwachen Familien Zugang zu Sport, Spaß und Kultur, statt sich gesellschaftlich ausgegrenzt zu fühlen.
- Wir wollen, dass ein **„Kinder-Ombudsmann“** wie in Skandinavien und Holland eingeführt wird.

2.11 Kulturpolitik ist ein elementarer Bestandteil unseres demokratischen Gemeinwesens

Der Stellenwert von Kultur ist nicht nur rhetorisch zu betonen. Kultur ist Handeln und immer in Bewegung, deshalb sehen wir Kultur als Kernaufgabe des demokratischen Gemeinwesens, und zwar für die gesamte Gesellschaft.

Wir erleben täglich in unserem Landesteil, dass die Kulturen der Minderheiten und Nachbarkulturen eine große Rolle spielen. Durch die Schaffung von Kultur, die Vielfalt von Kultur und die Teilhabe an Kultur wird unsere Gesellschaft nach demokratischen Prinzipien gestaltet.

Kulturelle Vielfalt ist ein landesspezifisches Merkmal Schleswig-Holsteins. Dän*innen, Fries*innen, Deutsche, Sinti und Roma sowie Migrant*innen machen Schleswig-Holstein seit Jahrhunderten bunt. Der Erhalt einer bunten Kulturlandschaft ist Fundament unserer Gesellschaft und existenziell für Offenheit und Demokratie.

Das wollen wir im Bundestag erreichen:

- Wir wollen, dass **kulturelle Bildung als eigenständiger Bereich** in den Bildungseinrichtungen angesehen wird.
- Wir wollen eine **dauerhafte Förderung für die kulturelle Bildung**, um u. a. politische Bildung und die Vermittlung von Medienkompetenz zu stärken. Der Bund muss nachhaltige und dauerhafte Förderszenarien entwickeln.
- Wir wollen die **Infrastruktur der kulturellen Bildung** stärken, indem eine gesonderte Förderung, z. B. für darstellende Künste, gesichert wird.
- Wir wollen **kulturelle Bildung für alle Generationen**, alle Lebensalter und alle Menschen in Deutschland gewährleisten.
- Wir wollen eine Erhöhung der Fördermöglichkeiten über die **Bundeszentrale für politische Bildung**.
- Wir wollen die **Vielfalt der politischen Jugendbildung** fördern. Es muss mittelfristig die Ausstattung für **hybride Veranstaltungsformen** bereitgestellt werden.

Erinnerungskultur muss beibehalten werden

Die Verbrechen des Nationalsozialismus haben Deutschland und auch unser Bundesland erheblich geprägt. Sie bedeuten eine Verantwortung, die nicht verjährt und immer wieder aufgearbeitet werden muss. Schleswig-Holstein hat eine unrühmliche Vergangenheit als Hochburg der Nationalsozialisten.

Wir bekennen uns zu unserer historischen Verantwortung. Die Verbrechen des Nationalsozialismus dürfen nie in Vergessenheit geraten. Die Erinnerungskultur muss im nationalen Kontext betrachtet und behandelt werden, zugleich aber nach regionalen Betrachtungspunkten gestaltet werden.

- Wir wollen unsere **Gedenkstätten** als zentrale Orte der Erinnerung ausbauen. Eine ausreichende Finanzierung seitens des Bundes muss gewährleistet sein.
- Wir wollen die **fortlaufende Finanzierung des Bundesprogrammes „Jugend erinnert“**. Gedenkstättenfahrten außerschulischer Träger, auch in Kooperation sollen gefördert werden.
- Wir wollen mehr **grenzüberschreitende Austauschprogramme in Forschung und Bildung**, die historische Erkenntnisse wachsen lassen und Gedenkorte in der Ausgestaltung erweitern können.
- Wir wollen die **Aufarbeitung der Kolonialgeschichte verstärken** und die Themen laufend in die Lehrpläne und Curricula verankern.
- Wir wollen ein **Förderprogramm zur transnationalen Aufarbeitung des kolonialen Erbes**. Wir setzen uns für eine **deutsch-dänische Aufarbeitung** der Kolonialgeschichte im Grenzland ein.
- Wir wollen uns für die **Entwicklung dezentraler Lernorte, Denkmäler und Mahnmale** zur Erinnerung an das koloniale Erbe im deutsch-dänischen Grenzland einsetzen.
- Wir wollen uns für **Partnerschaften und Vernetzungen** mit den Herkunftsgesellschaften stark machen.

Europäische und internationale Kulturpolitik

Die kulturelle Vielfalt in einem Europa der Regionen ist ein großer Schatz. Diese Vielfalt ist nicht nur auf die nationalen Kulturen und offiziellen Sprachen beschränkt – die kulturelle und sprachliche Dimension ist weitaus vielfältiger. Jeder siebte Mensch in Europa gehört einer autochthonen Minderheit oder Volksgruppe an.

Eine enge Verbundenheit mit den Regionen und der Identität in europäischen Räumen birgt große Chancen für einen kulturellen Austausch und zeichnet ein friedliches Miteinander aus. Unsere Region spiegelt dies mit fünf Regional- und Minderheitensprachen, drei autochthonen Minderheiten und der Historie einer stetigen kulturellen Entwicklung wider.

Zur Kultur Europas gehört eine inkludierende migrantische Kultur. Kulturpolitik soll verbinden und darf nicht ausgrenzend sein. Kultur ist eine europäische Gesamtaufgabe; deshalb wollen wir uns für eine Stärkung von Kultur und Kulturpolitik auf der europäischen Ebene einsetzen. Dies erfordert eine umfassende europäische Kulturinitiative.

- Wir wollen uns für die **Sicherung der Kunst- und Meinungsfreiheit in Europa** einsetzen. Die deutsche Bundesregierung muss die Einhaltung der EU-Grundrechtecharta immer wieder dort anmahnen, wo sie nicht eingehalten wird.

- Wir wollen uns für eine **deutliche Erhöhung der EU-Kulturförderung** einsetzen.
- Wir wollen die **künstlerischen Disziplinen fördern**, um Leitbilder für eine nachhaltige Gesellschaft vorzudenken. Der Kulturverträglichkeitsprüfung muss ein höherer Stellenwert beigemessen werden.
- Wir wollen die friedensstiftende Wirkung von Kultur hervorheben. Die **UNESCO-Konvention „Kulturelle Vielfalt“** muss maßgeblich für kulturpolitisches Wirken angewendet werden.
- Wir wollen für eine bessere Vernetzung von europäischer und nationaler Zivilgesellschaft den **Dialog mit der Zivilgesellschaft** stärken. Die Expertise nationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen muss in die **Sichtbarkeit des strukturierten Dialogs** eingebunden werden.
- Wir wollen, dass die **grenzüberschreitende Kulturarbeit** durch den Bund gefördert wird. Grenzüberschreitende Kulturarbeit in den Regionen ist ein Motor für zukunftsweisende Entwicklung und stärkt den Zusammenhalt und den Frieden.

Strukturveränderungen im Kulturbereich begegnen

Kultur und Künste befinden sich in einem immerwährenden Veränderungsprozess, und die Strukturen müssen in einer modernen Welt schneller angepasst werden und sich langfristig entwickeln. Kulturpolitik hat die Verantwortung, Rahmenbedingungen zu schaffen und Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft zu finden. Soziale Absicherung und auskömmliche Beschäftigungsverhältnisse müssen auch den Kulturbereich berücksichtigen. Mangelnde gewerkschaftliche Vertretung, Mindestlöhne und Geschlechtergerechtigkeit sind nur einige der Herausforderungen, die Kulturschaffende haben.

- Wir wollen die **Einhaltung des Mindestlohns** in öffentlich geförderten Produktionen und Förderungen.
- Wir wollen uns für **Geschlechtergerechtigkeit in der Kultur** stark machen. Öffentliche Fördergremien müssen paritätisch besetzt werden. Dieser Grundsatz muss von der Bundesebene her in allen Bereichen verankert werden.
- Wir wollen die **Absicherung von selbständigen Künstler*innen und Kulturschaffenden** durch das SGB III. Die Regelungen für freiwillige Beiträge zur Arbeitslosenversicherung müssen konkreter gefasst werden, um den besonderen Erfordernissen selbständiger Tätigkeiten im Kulturbereich gerecht zu werden.
- Wir wollen die **stetige Anpassung des Bundeszuschusses für die Künstlersozialkasse**.

Kulturelle Grundversorgung – Kultur als Standortfaktor betrachten

Kulturförderung muss Teil der Grundversorgung sein und nicht nur freiwillige Leistung. Die Bundesebene hat mit dem Ansatz eines kooperativen Kulturföderalismus eine besondere Verantwortung. Als Teil der Grundversorgung versteht der SSW Kulturpolitik als Strukturpolitik. Die kulturelle Vielfalt Schleswig-Holsteins muss gesichert werden, daher ist eine auskömmliche Finanzierung des Kulturangebots zu gewährleisten. Die Wahrnehmung kultureller und kreativer Leistungen besonders in ländlichen Räumen ist ausbaufähig, in den Förderszenarien muss hier eine besondere Aufmerksamkeit liegen.

- Wir wollen bei der Kulturförderung ein besonderes Augenmerk auf **ländliche Räume** haben. „**Kultur macht stark**“ muss über 2022 hinaus mit Mitteln aufgestockt und das Programm für ländliche Räume der Bundesregierung ausreichend finanziert werden.
- Wir wollen soziokulturelle Zentren weiter fördern. Es muss eine **Hauptamtlichkeit für soziokulturelle Zentren** sichergestellt werden. Die Zentren mit ihren Grundsätzen Respekt, Akzeptanz, Emanzipation und Empowerment nehmen Einfluss auf den Nahbereich der Bürger*innen.
- Wir wollen die **Berufsverbände der Kreativen** unterstützen, um die Kreativwirtschaft und Co-Working vor allem in ländlichen Räumen weiter zu etablieren.
- Wir wollen **Beratungsmöglichkeiten in der Kultur** und in den Kreativbereichen unterstützen, die von Kulturschaffenden für Kulturschaffende aufbereitet werden. Zertifizierungshürden müssen abgebaut werden, um Beratungsleistungen anbieten zu können.

Räume kulturell gestalten für eine „neue“ Architektur

Der SSW steht für eine Architektur, die in der Tradition skandinavischer Architektur und Stadtplanung des 20. Jahrhunderts steht, sich aber auch den umwelt- und sozialpolitischen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft stellt. Menschenwürdiges Wohnen ist ein unabdingbares Grundrecht. Wir fordern daher eine bebaute Umwelt, die für alle Bevölkerungsgruppen lebendig und ansprechend gestaltet ist und Antworten auf sich verschärfende soziale und umweltpolitische Krisen und veränderte zwischenmenschliche Lebensformen gibt.

- Wir wollen **baukulturelle Leitbilder entwickeln und fördern**. Diese müssen besondere Rücksicht auf den Charakter und die Identität unserer Städte und Orte nehmen. Der Bund muss die Kommunen ausreichend unterstützen, z. B. durch die Finanzierung von Architekt*innenberatungen, um regionale Vielfalt, örtliche Wiedererkennbarkeit und gemeinschaftliche Werte zu sichern.

- Wir wollen uns für **öffentliche Räume für Menschen** einsetzen, die einen Mehrwert schaffen. Wir fordern gezielte Förderprogramme für die Umgestaltung von städtischen Brach- und Freiflächen, die sich positiv auf die Lebensqualität auswirken.
- Wir wollen den **Fortbestand von regionalen und identitätsstiftenden Elementen** sichern und gleichzeitig Möglichkeiten schaffen, um neue bauliche Strukturen zu entwickeln, die auch aus der Sicht kommender Generationen betrachtet werden.
- Wir wollen die **Bundesstiftung für Baukultur** ausreichend ausstatten, um **baukulturelle Bildungsangebote** in Baukulturzentren zu entwickeln, die sich an skandinavischen Modellen orientiert.

2.12 Innen- und Rechtspolitik mit den Bürger*innen im Mittelpunkt

Der SSW steht für eine Innen- und Rechtspolitik, bei der die Bürger*innen und deren Rechte im Mittelpunkt stehen. Terrorismus, Einbruchskriminalität und andere Formen des strafbaren Handelns müssen konsequent vorgebeugt und wirkungsvoll bekämpft, verfolgt und bestraft werden.

Sicherheit findet aber ihre Grenzen, wenn zweifelhafte Verschärfungen, Überwachungen und Strafen nichts bewirken oder die Falschen treffen. Neben der Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität gilt es auch, unsere demokratische Gesellschaft vor Schäden zu bewahren.

Populisten und Extremisten, die unsere parlamentarische Demokratie bekämpfen, bekommen Zulauf, und auch in der breiten Bevölkerung macht sich zunehmend Unzufriedenheit über unser politisches System breit. Diese Entwicklung dürfen wir nicht ignorieren. Vielmehr müssen wir die konkreten Sorgen ernst nehmen und für eine Gesellschaft kämpfen, in der jeder sich gehört fühlt.

Das wollen wir im Bundestag erreichen:

Ein bürger*innennaher Rechtsstaat zur Stärkung der sozialen Gemeinschaft

Als Partei der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe haben wir die Vision, eine Gesellschaft zu gestalten, in der sich die Menschen auf Augenhöhe begegnen und in der jeder Mensch Vertrauen, Nähe und starken Zusammenhalt erleben kann. Der Staat hat deshalb das Leben, die Würde und die persönliche Gestaltungsfreiheit jedes einzelnen Menschen zu schützen.

*Alle Bürger*innen haben das Recht, in politischen, religiösen, kulturellen, nationalen und persönlichen Bereichen frei zu entscheiden. Der SSW steht für einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat, der für alle Bürger*innen da ist. Der Rechtsstaat ist die Voraussetzung für ein demokratisches, friedliches und gerechtes Zusammenleben. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, dafür zu sorgen, dass er nicht ausgehöhlt wird.*

- Wir wollen, dass die **rechtsstaatlichen Standards** in unserem demokratischen Staat gewahrt bleiben.
- Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen mit **gegenseitigem Respekt** und **Verständnis** für ihre Kultur, ihre sprachlichen Eigenheiten und ihre geschlechtliche Ausprägung behandelt werden.
- Wir wollen, dass **Vorurteile**, **Fremdenhass** und **Gewalt** geächtet und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden.

Jeder Mensch ist gleichberechtigt

Jeder Mensch soll gleichberechtigt an allen Prozessen teilhaben und sie mitgestalten können – unabhängig von individuellen Fähigkeiten, ethnischer oder sozialer Herkunft, Geschlecht oder Alter. Niemand darf aufgrund der Herkunft, des sozialen Status, des Geschlechts, der Religion, des Alters oder der sexuellen Identität benachteiligt werden. Dies erfordert nicht nur, dass Diskriminierung festgestellt und geahndet wird, sondern vor allem, dass der Staat auf allen Ebenen die Teilhabe Aller aktiv fördert.

- Wir wollen eine **inklusive Gesellschaft mit Toleranz** gegenüber der Verschiedenheit der Menschen. Alle Gruppen sollen als gleichberechtigt und schützenswert angesehen werden, statt zu favorisieren oder gar zu benachteiligen. Wir wollen Menschen integrieren, nicht assimilieren.

Innen- und Rechtspolitik ohne Symbolik

Der SSW steht für eine Innen- und Rechtspolitik, die auf oberflächliche Symbolik und vermeintlich einfache Lösungen verzichtet. Bürgerliche Freiheits- und Persönlichkeitsrechte dürfen nur dann zugunsten der Handlungsmöglichkeiten von Sicherheitsbehörden eingeschränkt werden, wenn diese Maßnahmen unbedingt erforderlich sind, es kein anderes geeignetes Mittel zum selben Zweck gibt und die Maßnahmen wirklich geeignet sind, ihr Ziel zu erreichen.

- Wir wollen nicht, dass die Bedrohung von Terrorismus und Extremismus dazu führt, dass **Bürger*innenrechte** zugunsten vermeintlich notwendiger Sicherheitserfordernisse eingeschränkt werden. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Pressefreiheit dürfen nur dort ihre Grenzen finden, wo anderen Menschen dadurch in ihren Rechten beeinträchtigt und geschädigt werden.

Leistungsfähige und bürger*innenorientierte Justiz

*Um diese Rechte und Werte zu schützen, braucht es eine leistungsfähige und bürger*innenorientierte Justiz. Eine gut arbeitende Justiz ist von hohem Wert für die Menschen, die Wirtschaft und die Gesellschaft als Ganzes. Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein hohes Gut, welches nicht durch politische Vorgaben und Einflussnahme ausgehöhlt werden darf. Nur bei guter Ausstattung kann die Justiz die Sicherung oder Wiederherstellung des Rechtsfriedens erfolgreich gewährleisten.*

- Wir wollen ein **differenziertes Sanktionssystem**, das sich in allen Ausprägungen zum obersten Ziel setzt, Kriminalität zu vermeiden und straffällig gewordene Menschen wieder in die Gesellschaft zu integrieren.
- Wir wollen, dass die **Justiz** und die **polizeilichen Ermittlungsbehörden** besser **ausgestattet** werden. Konkret müssen Lösungen gefunden werden, um den Lohnunterschied zwischen öffentlichen und privaten Arbeitsplätzen auszugleichen. Hier kann der Bund durch Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes Veränderungen herbeiführen und auch die Länder zu solchen motivieren.

- Wir wollen **außergerichtliche Formen** der Beilegung von Rechtsstreitigkeiten – von der Mediation bei dem*der Güterichter*in bis hin zum Täter*in-Opfer-Ausgleich – als wichtige Ergänzungen unseres Rechtssystems weiter stärken.
- Wir wollen verhindern, dass **Anwälte gezielt Abmahnungen** verschicken und damit mittelständige Unternehmen oder Privatpersonen in ihrer Berufsausübung beschränkt werden. Die neue Gesetzgebung, welche die Abmahnung als Geschäftsmodell verhindern soll, wollen wir evaluieren und gegebenenfalls verstärken.

Innere Sicherheit als Garant für Freiheit

Um den bereits beschriebenen Gefahren durch Terrorismus oder organisierte Kriminalität effektiv entgegenzutreten zu können, brauchen wir eine wirksame, aber auch maßvolle Sicherheitspolitik, die Voraussetzungen für die Bekämpfung von Kriminalität schafft, ohne Freiheitsrechte unnötig einzuschränken.

Dafür braucht die Polizei eine geeignete technische Ausrüstung und gute Einsatzkräfte. Anstelle von vermeintlich „einfachen“ Lösungen wie der Einschränkung von Grundrechten und der Ausweitung von Befugnissen der Sicherheitsbehörden (z. B. der Vorratsdatenspeicherung) wollen wir die personellen Möglichkeiten und die Ausstattung der Polizei verbessern.

Der Extremismus in seinen verschiedenen Ausrichtungen bedroht unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Um unsere demokratische Gesellschaft zu schützen, müssen wir Extremismus effektiv bekämpfen. Wir müssen Extremisten entwaffnen und verhindern, dass Extremisten Waffen erwerben können.

Auch die Terrorismusbekämpfung ist ein wichtiger und notwendiger Baustein der inneren Sicherheit. Dabei setzen wir auch hier auf Aufklärung und Bildung, um die Ursachen von Terrorismus zu beseitigen und die Rekrutierung von Nachwuchs durch Terrororganisationen zu unterbinden. Weiterhin kann Terrorismusbekämpfung nur wirksam sein, wenn die Polizei über gut ausgebildetes und gut ausgestattetes Personal verfügt. Wir müssen auch die Finanzierung von Terrorismus nachhaltig stoppen.

- Wir wollen die **Terrorismusbekämpfung verbessern**, indem die hierfür zuständigen Behörden mit dem benötigten Personal und den erforderlichen technischen Geräten ausgestattet werden.
- Wir wollen den **Erwerb von Waffenscheinen und Waffen** erschweren und den Besitz von Waffen besser und **effektiver kontrollieren**. Dazu gehören für uns aber auch Aussteigerprogramme und eine Intensivierung der politischen Bildung.
- Wir wollen **Terrorismus bekämpfen**, indem die bestehende internationale Zusammenarbeit ausgeweitet wird und Möglichkeiten geschaffen werden, die Geldflüsse zu den Terrororganisationen zu kappen.

Sicherheit im Netz

Wir wollen die Medienkompetenz der Menschen verbessern. Wer sicher im Umgang mit Computer, Tablet oder Smartphone ist und die Mechanismen der Online-Medien kennt, ist deutlich weniger gefährdet, Opfer von Cyberkriminellen zu werden.

Darüber hinaus wollen wir die Sicherheit der Infrastruktur verbessern und IT-Systeme fördern, die weniger anfällig für Cyberattacken und Computerviren sind. Die Polizei benötigt IT-Experten, die erstklassig ausgebildet sind und Spezialkenntnisse mitbringen.

*Speicherungen von personenbezogenen Daten sind für uns nur mit Richtervorbehalt vorstellbar und auch nur dann, wenn es hierfür einen konkreten Anhaltspunkt gibt. Es ist für uns der falsche Weg, die Freiheit des Internets zu beschränken, weil bei den Ermittlern Fachleute und IT-Expert*innen fehlen.*

- Wir wollen, dass die **Polizei mehr IT-Expert*innen** bekommt. Damit solche Expert*innen für den Polizeidienst gewonnen werden können, müssen wir eine der Ausbildung angemessene Besoldung dieser Fachkräfte umsetzen und ihnen Zukunfts- und Aufstiegsperspektiven bieten.
- Wir wollen **keine Vorratsdatenspeicherung**. Die IP-Adressen der Internetnutzer*innen werden zu Abrechnungszwecken und aus technischen Gründen schon jetzt bis zu sieben Tage lang bei den Internet Providern gespeichert. Statt einer darüber hinausgehenden, anlasslosen Vorratsdatenspeicherung, deren Effizienz für die Strafverfolgung ohnehin umstritten ist, wollen wir die Verbreitung von Kinderpornografie im Internet und andere Cyberkriminalität durch eine gute IT-Ausstattung der Polizei und den verstärkten Einsatz von IT-Expert*innen bekämpfen.
- Wir wollen **keinen Einsatz von Bundestrojanern** und ähnlichen Überwachungsmaßnahmen ohne konkreten Einzelfallbezug und Richterbeschluss.
- Wir wollen **keinen Einsatz von automatisierten Uploadfiltern** zur Ahndung urheberrechtlicher Verstöße. Stattdessen müssen Betreiber von Internetplattformen dazu verpflichtet werden, vertragliche Vereinbarungen mit Verwertungsgesellschaften zu schließen. Lizenzgebühren für die Verwendung urheberrechtlich geschützter Werke sollen nicht pauschal, sondern nach Umsatz gestaffelt erhoben werden, um eine faire Lastenverteilung zu ermöglichen.

Stärkung demokratischer Teilhabe in einer sozialen Gemeinschaft

*Der SSW bekennt sich ausdrücklich zur repräsentativen Demokratie. Die von den Bürger*innen gewählten Volksvertreter*innen verabschieden Gesetze und weitere Normen für alle Menschen im Staatsgebiet. Deshalb ist es wichtig, dass weitere Teile unserer Gesellschaft die Chance zur demokratischen Teilhabe bekommen.*

Jugendliche wollen, dass ihre Interessen politisch vertreten werden und möchten die Politik mitbestimmen. Jugendliche ab 16 sind in der Lage, eine reife Entscheidung zu treffen, weshalb sie auch das Recht haben sollen, bei Bundestags- und Europawahlen zu wählen. Die politischen Entscheidungen, die getroffen werden, beeinflussen schließlich auch ihre Zukunft.

- Wir wollen, dass das **Wahlalter** bei allen Wahlen auf **16 Jahre** abgesenkt wird.
- Wir wollen ein **Wahlrecht für Drittstaatenangehörige**.

Gefahren für unsere Demokratie aktiv gegenübertreten

Viele gesellschaftliche Organisationen leisten mit ihrer Aufklärungsarbeit und der Unterstützung von Opfern rechtsradikaler Angriffe einen wichtigen Beitrag für unsere Demokratie. Der SSW ist der Meinung, dass die Politik diese Arbeit nicht als selbstverständlich ansehen sollte und sie in größerem Maße aktiv unterstützen muss.

- Wir wollen ein **Demokratieförderungsgesetz**, durch das gesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit langfristig und angemessen unterstützt werden.

Demokratie lebt vom Mitmachen

*Für unsere demokratische Gesellschaft ist es wichtig, dass sich jeder als zu ihr gehörend betrachtet und auch bereit ist, einen Beitrag für sie zu leisten. Deshalb begrüßt und fördert der SSW das ehrenamtliche Engagement der Bürger*innen als unverzichtbares Element des gesellschaftlichen Miteinanders. Auch die Freiwilligendienste vieler junger Menschen sind unverzichtbar. Diese müssen besser finanziell unterstützt werden, um auch in Zukunft Bestand haben zu können. Es ist für uns sehr wichtig, dass es sich hierbei um freiwillige Dienste handelt.*

- Wir wollen ein eine bessere **Anerkennung** und **Würdigung** des **Ehrenamtes**, z. B. durch bessere Freistellungsmöglichkeiten von der Arbeit.
- Wir wollen **keine Wiedereinführung eines Zwangsdienstes** in Form der Wehrpflicht oder des Zivildienstes.

Unterstützung von Vereinssport als elementarer Teil der Gesellschaft

Ein Großteil der ehrenamtlichen Arbeit wird in Vereinen verrichtet. Hier sind insbesondere die Sportvereine mit bundesweit circa 24 Millionen Mitgliedern zu erwähnen. Diese sind davon abhängig, dass flächendeckend genügend funktionierende Sportstätten zur Verfügung stehen. Auf Grund der sehr hohen Betriebskosten müssen immer mehr Schwimmbäder schließen. Dem muss dringend und schnellstmöglich seitens des Bundes etwas entgegengesetzt werden.

- Wir wollen, dass der Bund dem **Schwimmbadsterben** durch Fördermittel entgegentritt.

E-Sport besser fördern

*Sport wird längst nicht mehr ausschließlich auf Sportplätzen, in Turnhallen oder Schwimmbädern betrieben, sondern auch an Computern und Konsolen. E-Sport ist längst in der Gegenwart angekommen, wie E-Sport-Ligen, -Vereine und -Weltmeisterschaften beweisen. Die hohen psychischen Anforderungen an E-Sportler*innen und die erforderliche körperliche Fitness, um diesen Sport auf hohem Niveau ausführen zu können, sind Grund genug, E-Sport als Sportart anzuerkennen. Der Ausbau von professionellen Strukturen und die Förderung von E-Sport-Talenten sind notwendig, um E-Sportler*innen die Möglichkeit zu geben, ihr Talent voll auszuschöpfen. Hier leisten Bund und Länder mittlerweile einen wichtigen Beitrag durch Förderprogramme, die es zu verstetigen gilt.*

- Wir wollen, dass **E-Sport als offizielle Sportart anerkannt** wird, um den Weg für Fördermittel und dem Aufbau von professionellen Strukturen freizumachen. Die Definition von E-Sport sollte wettbewerblichen Kriterien folgen und nicht dem Anspruch einer Simulation etablierter Sportarten; wenn Schach ein Sport ist, dann kann ein wettkampfbasiertes Strategiespiel am Computer es auch sein.
- Wir wollen, dass der Aufbau einer transparenten, professionellen und mehrstufigen **Liga- und Turnierstruktur** gefördert wird
- Wir wollen eine Anpassung des § 52 Abs. 2 Abgabenordnung und E-Sport in den Vorschriften über die **Gemeinnützigkeit** verankern.

Wir brauchen eine moderne Drogenpolitik

*Die heutige Drogenpolitik erfüllt ihren Zweck nicht. Deshalb fordern wir einen Kurswechsel, der Konsument*innen entkriminalisiert und Hilfen anbietet, statt zu bestrafen. Wir setzen weiterhin auf die Drogen- und Suchtprävention, diese muss besonders in Schulen ausgebaut werden. Um die Folgen einer bundesweiten Legalisierung besser einschätzen zu können, sprechen wir uns für Cannabis-Modellversuche aus. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) muss endlich den Weg für regionale Modellversuche freimachen.*

- Wir wollen, dass **Angebote der Beratung und Drogenprävention**, besonders an Schulen, weiter **ausgebaut** werden.
- Wir wollen die **Gesundheitsversorgung und Hilfsangebote** für Abhängige ausbauen.
- Wir wollen den **Ausbau von Hilfs- und Betreuungsangeboten** für Familienangehörige von Konsument*innen vorantreiben.
- Wir wollen eine **Entkriminalisierung** von Konsument*innen. Der organisierte Vertrieb und Verkauf illegaler und gepanschter Drogen muss jedoch weiterhin rechtsverfolgt und bestraft werden.
- Wir wollen, dass **Cannabis-Modellversuche** ermöglicht werden.
- Wir wollen, dass der Erwerb und **Besitz von Cannabis** zum eigenen Konsum **nicht mehr strafbar** sind.
- Wir wollen einen Ausbau der **Ersatzangebote**.
- Wir wollen, dass aufgrund der hohen Mortalität von Opioidkonsument*innen eine flächendeckende, **kontrollierte Abgabe von Naloxon** praktiziert wird, wie es bereits in anderen europäischen Ländern der Fall ist. Darüber hinaus fordern wir eine nationale Ausarbeitung eines Naloxon-Programms.

2.13 Asylpolitik in einer humanen Gesellschaft

Wir empfinden es als Selbstverständlichkeit und moralische Pflicht, Verfolgten, Entwurzelten und Geflohenen zu helfen, wenn sie an unsere Tür klopfen. Wir wollen diese Menschen nicht einfach nur dulden. Unser Anspruch ist Leben, Arbeit und demokratische Teilhabe für Menschen in Not möglich zu machen.

Der SSW steht für eine Asyl-, Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik, in der unser Land seine Verantwortung für die Menschen übernimmt, die aufgrund von Krieg, Klimakatastrophen und Hungersnöten ihre Heimat verlassen mussten oder die wegen ihres Geschlechts, ihrer Abstammung, ihrer Sprache, ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer religiösen oder politischen Anschauungen, einer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Identität verfolgt oder benachteiligt werden. Der SSW steht für eine Weiterentwicklung einer humanen Willkommenskultur für Flüchtlinge, damit sie gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Das wollen wir im Bundestag erreichen:

- Wir wollen, dass die Nationen Europas ihre **gemeinsame Verantwortung** für die **Ursachen** von **Flucht** und **Vertreibung** erkennen und eine solidarische Lösung schaffen, die die Regionen an den Außengrenzen Europas entlastet.
- Wir wollen, dass eine **gesetzliche Grundlage** geschaffen wird, die Grundrechte und Integrationsmaßnahmen für Asylsuchende und Geduldete von Beginn an sicherstellt.
- Wir wollen, dass Städte und Landkreise vom Bund finanziell so ausgestattet werden, dass sie Asylsuchenden eine **menschenwürdige und integrationsfördernde Wohnsituation** gewährleisten können. Dazu bedarf es auch einer guten sozialpädagogischen Unterstützung von Geflüchteten und einer zeitlichen Begrenzung der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften.
- Wir wollen eine höhere **Durchlässigkeit für Asylbewerber**, die sich bis zum Asylentscheid eine berufliche und soziale Bleibeperspektive erarbeiten haben. Es kann nicht sein, dass Menschen, die sich gut eingelebt haben und ihren gesellschaftlichen Beitrag leisten, am Ende einfach abgeschoben werden. Diejenigen, deren Anträge auf Asyl rechtskräftig abgelehnt worden sind, müssen zurückgeführt und gegebenenfalls abgeschoben werden, allerdings nur, wenn in ihrem Heimatland eine sichere, nicht von Gewalt bedrohte Existenz möglich ist. Es ist für uns **unerträglich**, wenn hierbei die Rechte und Würde des Einzelnen verletzt werden. Vorrangig muss immer eine freiwillige Rückkehr gefördert werden. Insbesondere darf es keine Abschiebehäft geben.

Kinder, Jugendliche und Frauen haben besonderen Anspruch auf Schutz

Kinder und Jugendliche sowie Frauen auf der Flucht haben einen besonderen Anspruch auf Schutz und Hilfe. Uns ist wichtig, dass die UN-Kinderrechtskonvention eingehalten wird und beispielsweise die Rechte auf Bildung und Ausbildung, Freizeit, Spiel und Erholung, Familie und Fürsorge gewährleistet werden.

- Wir wollen, dass **unbegleiteten Minderjährigen** der Nachzug ihrer Familienangehörigen ermöglicht wird.
- Wir wollen die Möglichkeiten der **Integration von geflüchteten Frauen** durch spezifische Beratungs- und psychologische Behandlungsmöglichkeiten stärken, da diese häufig vor besonderen kulturell geprägten Herausforderungen stehen.

Deutschland ist ein Einwanderungsland

*Der SSW steht für eine aktive, langfristig angelegte Einwanderungspolitik und für ein modernes Einwanderungsgesetz. Deutschland muss sich als Einwanderungsland begreifen. Zuwanderer*innen tragen nachweislich zur Stabilisierung der Sozialkassen und zu höheren Steuereinnahmen bei und können mit gezielten Integrations- und Weiterbildungsmaßnahmen auch den zukünftigen Arbeitskraftmangel beheben.*

Aus diesen Gründen muss eine verantwortliche Ausländerpolitik darauf ausgerichtet sein, die Integration der in den letzten Jahrzehnten zugewanderten ausländischen Staatsangehörigen stärker zu fördern.

- Wir wollen, dass für Menschen, die zugewandert sind, die Möglichkeit geschaffen wird, möglichst schnell in den **Arbeitsmarkt** integriert zu werden.
- Wir wollen, dass **ausländischen Mitbürger*innen** mehr **Rechte** bei der Mitgestaltung unseres Gemeinwesens gewährt werden.

2.14 Die Bundesrepublik muss eine positive und friedliche Rolle in der EU und der internationalen Politik spielen

Als Partei der dänischen Minderheit und der nationalen Fries*innen sieht sich der SSW einer internationalen Minderheitenpolitik besonders verpflichtet. Vor dem Hintergrund unserer politischen, kulturellen und geschichtlichen Erfahrungen aus dem deutsch-dänischen Konflikt und zweier Weltkriege wollen wir einen besonderen, aktiven Beitrag dazu leisten, dass die Verständigung der europäischen Staaten und Völker weiter wächst und gedeiht – zum Wohle aller Menschen in Europa.

Die Bundesrepublik Deutschland muss sich nach außen auf die gleichen Werte und Grundsätze beziehen, an denen sie sich auch nach innen orientiert. Die Wahrung von Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechten müssen stets die Eckpfeiler der Außenpolitik sein. Dabei spielt die Zusammenarbeit der Europäischen Union und anderer internationaler Staatenszusammenschlüsse wie UNO und OSCE eine entscheidende Rolle. Im Zeitalter der Globalisierung und der internationalen Zusammenarbeit ist es unverzichtbar, dass die EU als gemeinsame Stimme in der Welt gehört und geachtet wird. Der unbestreitbare Wert von kritischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und ihre Kompetenzen müssen anerkannt und genutzt werden.

Der SSW will, dass die Bundesrepublik eine positive und friedliche Rolle in der EU und in der internationalen Politik spielt. Dabei muss die EU ein Zusammenschluss selbständiger Nationen bleiben. Die positive Entwicklung europäischer Regionen und Nationen sind eine Voraussetzung für eine demokratische und wirtschaftlich starke Europäische Union. Die vielen Minderheiten in Europa müssen respektiert und gehört werden.

Das wollen wir im Bundestag erreichen:

Europa ist weiterhin ein Friedensprojekt

*Europa ist Heimat zahlreicher Volksgruppen und Minderheiten. Jede*r siebte Bürger*in gehört einer autochthonen Minderheit an oder spricht eine Regional- oder Minderheitensprache. Die kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung für Europa. Sie initiiert Völkerverständigung und Identitätsbildung und öffnet den Weg für grenzüberschreitende Zusammenarbeit.*

Leider werden die Grundrechte vieler Volksgruppen und Minderheiten nicht in allen europäischen Staaten geachtet. Nationale und staatenlose Minderheiten sind ein natürlicher Bestandteil der EU und bereichern die kulturelle Vielfalt. Die Wichtigkeit der nationalen und staatenlosen Minderheiten in der EU muss sich auch in der europäischen Kommission widerspiegeln.

- Wir wollen, dass die Bundesregierung sich aktiv für die gemeinsamen **humanistischen Grundwerte und Minderheitenrechte** in allen europäischen Staaten einsetzt. Das europäische Projekt ist auch ein Friedensprojekt, welches seit Jahrzehnten die Völker des Kontinents in Frieden miteinander leben lässt. Dies muss immer ein zentrales Ziel für Europa bleiben.

- Wir wollen, dass die EU-Kommission eine*n **zusätzliche*n Kommissar*in** ernannt, die/der **für** die Belange der nationalen und staatenlosen **Minderheiten** zuständig ist und in Konfliktsituationen zwischen Staat und Minderheit vermitteln kann.
- Wir wollen, dass die Bundesregierung darauf hinwirkt, dass **Grundrechtsverletzungen von EU-Staaten** sofort geahndet werden.

Ostsee- und Nordseekooperation kann Konflikte beilegen

Der SSW setzt sich seit Jahrzehnten dafür ein, dass Schleswig-Holstein sich als ein Teil der nordischen Zusammenarbeit begreift. Schleswig-Holstein gehört zum gleichen Kulturkreis wie die skandinavischen Länder. Konflikte früherer Tage sind beigelegt und einem vertrauensvollen Verhältnis gewichen. Darauf gilt es aufzubauen: Der SSW will die Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn auf allen Ebenen intensivieren, um gemeinsam eine starke Wachstumsregion im Norden Europas zu schaffen.

Die Ostseekooperation ist ein wichtiger Bestandteil der europäischen Zusammenarbeit und findet auf verschiedenen Ebenen statt. Die guten Erfahrungen aus der Ostseekooperation sollten auch dazu genutzt werden, die Nordseekooperation zu vertiefen.

- Wir wollen, dass an dem **gleichberechtigten Zusammenwirken** von regionalen und nationalen Parlamenten der **Ostseeanrainer** festgehalten wird. Die Ostseeregion muss zur Wachstumsregion ausgebaut werden, insbesondere in den Bereichen Kultur, Minderheiten, Bildung, Wirtschaft, Forschung und Umwelt.
- Wir wollen, dass die besonderen **kulturellen** und **geschichtlichen Beziehungen** sowie die persönlichen Kontakte der **Nordseeanrainer** gepflegt und ausgebaut werden. Gerade vor dem Hintergrund des EU-Austritts von Großbritannien muss parallel zu wirtschaftspolitischen Strategien auch eine verstärkte kulturelle Zusammenarbeit und ein Austausch beim Tourismusmarketing angestrebt werden.
- Wir wollen, dass die **regionale Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern** wie Norwegen oder Island nicht aus dem Blick gerät. Daher messen wir auch der Zusammenarbeit mit dem „Nordisk Råd“, dem Zusammenschluss aller skandinavischen Länder, eine grundsätzliche Bedeutung bei.
- Wir wollen, dass der Bund gemeinsam mit den anderen Ostseeanrainern eine großangelegte **Beseitigung** versenkter **Weltkriegsmunition aus der Ostsee** in Gang setzt. Die in der Ostsee gelagerte Munition aus dem 2. Weltkrieg muss unbedingt entschärft werden, da sonst gravierende Umweltauswirkungen drohen.

Weltweiter Einsatz für Abrüstung und Frieden

Angesichts von Kriegen, Krisen und anderen gefährlichen Entwicklungen in vielen Regionen der Welt kann es notwendig sein, dass die deutsche Bundeswehr gemeinsam mit internationalen Partnern und Verbündeten zu Sicherheit und Frieden beitragen muss. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte muss dabei sehr zurückhaltend, sensibel und in enger Abstimmung mit der internationalen Staatengemeinschaft vorgegangen werden.

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Wir nehmen die demokratische Kontrolle der Bundeswehr als parlamentarische Aufgabe sehr ernst. Einsätze der Bundeswehr müssen im Einklang mit dem Selbstverständnis geschehen, dass die Bundesrepublik eine positive und friedliche Rolle in der EU und internationalen Politik spielt.

- Wir wollen, dass die Bundesrepublik gemeinsam mit ihren internationalen Partnern einen weltweiten Einsatz für **Abrüstung** und **Friedenssicherung** in Krisenregionen sowie wirtschaftliche und kulturelle **Entwicklungshilfe** leistet, wo es notwendig ist.
- Wir wollen, dass der **Bundeswehr** die **notwendigen Mittel** zur Verfügung gestellt werden, die sie für die Bewältigung friedenssichernder Aufgaben benötigt.

Eine EU mit Perspektiven für junge Menschen

Die EU hat eine große Bedeutung im Leben junger Menschen. Viele kennen kein Leben ohne europäischen Frieden, offene Grenzen, Meinungs- und Pressefreiheit und die Möglichkeit, im Ausland zu studieren, zu arbeiten oder eine Ausbildung zu absolvieren. Dass dieser Zustand nicht garantiert ist, zeigt u. a. der Austritt Großbritanniens aus der EU.

*Junge Europäer*innen haben aber auch mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit zu kämpfen. Wir sehen junge Menschen als wesentlichen Bestandteil der heutigen EU und wollen Perspektiven für sie schaffen, um gemeinsam eine starke EU der Zukunft zu gestalten.*

- Wir wollen, dass die **europäische Jugendgarantie** weiterhin vom Bund umgesetzt und mit den nötigen Ressourcen ausgestattet wird.
- Wir wollen, dass **EU-Austauschprogramme** wie Erasmus+ ausgebaut und entbürokratisiert werden.
- Wir wollen, dass die **Jugendarbeitslosigkeit** in der EU aktiv bekämpft wird.
- Wir wollen, dass die **EU-Jugendstrategie** weiterhin im Bund umgesetzt wird.
- Wir wollen die Einführung eines **Jugendchecks** auf europäischer Ebene, der die Auswirkung von neuen Gesetzen und Beschlüssen auf junge Menschen bewertet.

3. Deine Zweitstimme: Für die Minderheiten und die Region

Der SSW ist nur ein kleines Zahnrad in einem riesigen Getriebe, doch mit der Unterstützung der Wähler*innen können wir viel für Schleswig-Holstein bewirken. Wir sind die einzige Partei, die sich unverfälscht für die Interessen im Norden der Republik einsetzen kann. Als Stimme des Nordens. Ohne Einschränkungen durch Fraktionszwang. Ohne Weichspülung durch Befindlichkeiten anderer Bundesländer. Ohne den Einfluss großer Konzerne und Lobbyisten. Ihr Geld und ihre Macht interessieren uns nur insofern, als dass sie zurück in die Hände der Bürger*innen gehören.

Unsere Ausrichtung ist klar: Wir wollen einen solidarischen Wohlfahrtsstaat, in dem die Lasten gerecht verteilt werden und den Schwachen geholfen wird. Voraussetzung für Gerechtigkeit ist vor allem, dass alle Kinder Zugang zur bestmöglichen Bildung und Erziehung sowie die Erwachsenen gute Arbeitsbedingungen haben.

Gerechtigkeit ist auch, wenn die Politik alle Regionen im Land im Blick hat und die regionale wirtschaftliche Entwicklung fördert. Außerdem steht der SSW als Partei der dänischen Minderheit und friesischen Volksgruppe natürlich für eine fruchtbare Gemeinschaft und Zusammenarbeit von Deutschen, Dän*innen, Fries*innen und den Sinti und Roma im Land sowie natürlich ebenso mit allen Menschen, die aus verschiedenen Gründen in unser Land zuwandern.

Der Klimaschutz ist uns als Minderheitenpartei, die nur im Norden beheimatet ist, eine Herzensangelegenheit. Nur wenn wir die Erderwärmung jetzt begrenzen, können wir die Lebensgrundlagen in unserem schönen Schleswig-Holstein erhalten.

Der SSW kann mit seiner ganz eigenen Art dazu beitragen, dass die berechtigten Interessen der Menschen in Schleswig-Holstein im Bundestag besser berücksichtigt werden. Wir haben den Vorteil, dass wir nicht davon abhängig sind, was eine Bundespartei in Berlin will oder mit wem sie gerade koalitiert. Der SSW kann sich voll und ganz darauf konzentrieren, was für die Menschen in Schleswig-Holstein am besten ist – und genau das tun wir.

Der SSW stellt traditionell nur im nördlichen Landesteil Wahlkreiskandidat*innen auf. Aber mit der Zweitstimme können alle Bürger*innen in Schleswig-Holstein die Landesliste des SSW wählen und dazu beitragen, dass die Partei der Minderheiten zum ersten Mal seit 1953 wieder in den Bundestag einzieht. Der SSW braucht etwa 40-50.000 Zweitstimmen, um ein Mandat im Bundestag zu erringen, da die Partei auch auf Bundesebene von der Sperrklausel befreit ist.

Mit deiner Zweitstimme können wir dafür sorgen, dass Schleswig-Holstein im Bundestag endlich gehört wird.

Deshalb: Am 26. September 2021 den SSW wählen.